

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 34.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 18. bis 24. August 1911.

Posen, den 29. August 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 191 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 20. August 1911:**Die Landtagsergänzungswahlen im Wahlbezirk Hohensalza—Strelno—Schubin**

finden im Oktober, und zwar am 5. die Urwahlen und am 26. die Abgeordnetenwahl, statt. In den Urwahlen werden die Wahlmänner nur dort gewählt, wo der Wahlmann der Wahl aus dem Jahre 1904 entweder verstorben oder aus dem Wahlkreise verzogen, oder auf eine andere Art seines Mandats verlustig gegangen ist. Die bisherigen und die neu hinzugewählten Wahlmänner werden am 26. Oktober den Abgeordneten wählen.

Dieses Mal werden wir also nicht alle Wahlmänner wählen, weil es sich um Ersatzwahlen handelt. Der bisherige Abgeordnete Lusensthy ist zum Ministerialdirektor für Handel und Gewerbe ernannt worden. Angesichts dieser Tatsache mußte er sein Mandat niederlegen. Zum Ersatzwahlkommissarius ist der Landrat des Kreises Hohensalza Herr Dr. Buresch ernannt worden.

— Wichtig für die Polen im Kreise Schubin. Angesichts der ausgeschriebenen Wahlen ist es jetzt erlaubt, polnische Wählerversammlungen einzuberufen. Die dorigen Polen werden zweifelsohne diese Gelegenheit wahrnehmen und eine lebhaft Agitation entfalten.

Aus Nr. 34 der Bicz (hum. sat.-Zeitschrift) (Posen)
vom 20. August 1911:**Über unser Verhältnis zur Regierung.**

Die Regierung ist de facto für alle Mitbürger und nicht nur für Deutsche oder sogar nur für die Hatzisten da.

Der Regierung gegenüber „feindlich“ gesinnt sein heißt soviel, wie jemanden mit der Faust in der Tasche drohen. Wenn wir uns von keinem zur Rolle der Geloten herabdrücken lassen wollen, so machen wir nur von den uns zustehenden Rechten des Landes Gebrauch, dem gegenüber wir unsere Pflichten als Mitbürger erfüllen müssen, ganz gleich, ob wir es gern oder ungern tun.

„In der Sklaverei geboren, in Windeln gefesselt“ kommen wir nicht zur hinreichenden Erkenntnis unserer Lage und spielen geduldig die uns aufgedrängte Rolle der Gequälten und befestigen unsere Busenfreunde in der Überzeugung, daß sie unsere Herren seien. In politischen Prozessen verteidigen wir uns gegen die uns

als „Feinden des Landes“ gemachten Vorwürfe dadurch, daß wir selbst oder durch unsere Verteidiger ungezählte Beweise unserer „Loyalität“ beibringen.

Wozu diese Komödie? Warum nicht offen zugeben: Ich bin ein Pole, ein Katholik und schätze die Sprache der Väter und den Glauben der Vorfahren hoch, ebenso wie meine persönliche Ehre, doch dieses gibt noch keinem das Recht, mir den Verrat des „Vaterlandes“, an welches uns das Schicksal tatsächlich angeketet hat, vorzuwerfen. Meine persönlichen Ideale und Ansichten sind mindestens soviel wert wie der Patriotismus des Alldeutschen, der beim Schoppen Bier aus voller Kehle brüllt: „Welt du wirst dajez, ob du willst oder nicht!“

Wenn also die Regierung tatsächlich ebenso für uns wie für den Deutschen da ist, so haben wir das Recht und die Pflicht, sie in ihren guten Bestrebungen zu unterstützen und sie in ihren ungerechten oder unehrlichen Gelüsten zu bekämpfen, wie z. B. in der Bevorzugung der Clique der Hatzisten, die ihre Taschen auf Kosten der übrigen sozialen Klassen, sowohl der deutschen als auch der polnischen, mit Gold füllen.

Machen wir daraus kein Geheimnis, daß wir im Kampfe der Regierung mit den Hatzisten auf seiten der Regierung stehen werden. Wir werden nicht mit dem Grafen Mielzynski am Thore stehen und demütig warten, bis man uns zur Mitarbeit einladen wird, sondern wir werden kurz erklären: Die Regierung ist nicht unser Herr, sondern sie ist unser Vogt. Wir sind bei uns im Lande und fordern, daß man vernünftig wirtschaftet.

So mußte jeder Bürger eines konstitutionellen Staates seine Rechte und Pflichten auffassen. Die Rechte der Krone stehen der Wahrung unserer Rechte keinesfalls im Wege.

Würden wir auf die Weise unser Programm in Zukunft gestalten, unser Los würde erträglicher sein.

Der Versöhnungsparteiler, der den Nacken beugt und der Regierung zwecks Erreichung persönlicher Vorteile schmeichelt, ist in jedem Falle ein — Narr! —

Wir sind über hundert Jahre auf dem ausgetretenen Pfade billigen Patriotismus beim Gläschen gegangen, und es wird uns daher schwer fallen, uns zum „neuen Kurs“ zu entschließen, und doch ist es notwendig etwas entschiedener zu beschließen, um aus dem verpesteten Morast der allgemeinen Demoralisation zu gelangen.

Möge den Schlafenden der Bicz energisch um die Ohren fassen! Wer Hiebe austellt, muß gewärtig sein, hin und wieder Hiebe zu bekommen. Ist denn das so schlimm? Wozu leben wir denn auf der Welt? Doch nicht deswegen um Würste zu speiten?

Gibt es denn in der Welt ein größeres Glück, als für die heilige Sache zu leiden und gegebenen Falls zu sterben?

Aus Nr. 186 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 17. August 1911:

Eine interessante „Berichtigung“ des Herrn Dekans Tasch.

Wie wir in der vorigen Nummer schrieben, hat sich der Herr Propst und Dekan Tasch in Lissa gegenüber einer von dorthier eingesandten, in die Nr. 157 des Goniec Wielkopolski eingerückten, zum Teil mit Randglossen vom Dziennik Bydgocki aufgenommenen Zuschrift an den Vorstand des Unitasverbandes der Geistlichen, dessen Mitglied er ist, mit einer Art Beschwerde über die „gewissenlosen“ polnischen Zeitungen gewendet, da diese eine angeblich lügenhafte, von einem „gewissenlosen Lumpen“ geschriebene Zuschrift wieder gegeben hätten.

Heut bieten wir den interessanten Brief des Herrn Dekans Tasch in wörtlicher Übersetzung:

Lissa, 24. Juli 1911.

Die Mitteilung des Dziennik Bydgocki bzw. des Goniec Wielkopolski, daß es in der Lissaer Kirche überhaupt keinen polnischen Gesang gebe, ist eine ganz ordinäre Lüge, und ebenso die Behauptung, daß Propst Tasch das nicht gestatte.

Ich habe den Polen niemals das Singen in der hiesigen Parochialkirche verboten, und zwar aus dem Grunde, weil ich ein überzeugter Zentrumsman bin, der nach dem Grundsatz des Zentrums „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ auch den Polen ihr Recht auf Kirchengesang zugesteht.

Die Polen sollen hier ihre schönen Kirchenlieder singen, soviel sie wollen, aber da sie hier nicht allein existieren, müssen sie sich bezüglich ihres Gesanges selbstverständlich den übrigen Andachten unterordnen. Es gibt an jedem Sonn- und Festtage vier Andachten, bzw. wenn eine Militärandacht hinzutritt, fünf, in folgender Ordnung:

1. um 7 Uhr stille Messe, während welcher überhaupt nicht gesungen wird;

2. um 8 Uhr Schulanacht für die Schüler der hiesigen Lehranstalten (Lehrerseminar, Gymnasium, Präparandie und Volksschule) während deren alle Schüler deutsch singen;

3. um 9 Uhr Hauptandacht, während deren im Sinne der Liturgie lateinisch gesungen wird, mit deutscher Predigt;

4. um $\frac{3}{4}$ 11 Uhr gesungene Botivmesse, während deren ebenfalls im Sinne der Liturgie lateinisch gesungen wird, und nach der Messe alle 14 Tage polnische Predigt;

5. um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr jeden vierten Sonntag Militär- andacht.

Während der hl. Messe zu 3, 4 und 5 singt nur auf dem Orgelpodium der Kirchenchor, welcher aus Schülern der katholischen Volksschule und Soldaten besteht.

Da nun die Zeit für diese fünf Andachten überhaupt beschränkt ist, muß jede pünktlich mit dem Glockenschlage beginnen und schließen, sodaß es zu Pausen für den Volksgesang nicht hinreicht.

Da überdies zu den beiden eigentlichen Parochialandachten 3 und 4 beide Nationalitäten gemäß ihrem Zahlenverhältnis sich stark einfinden, kann ich nicht zulassen, daß die erwachsenen Parochianen selbst in ihrer Muttersprache singen, da dies die ärgsten Reibungen und Unannehmlichkeiten verursachen könnte. Die Polen können somit erst nach der Botivmesse bzw. nach der Predigt an allen Sonn- und Festtagen singen, soviel und solange sie wollen. Und manche singen auch tatsächlich sehr fleißig. (Wohl die Horen? Red.) Einzig der Korrespondent des Goniec bzw. des Dziennik

Bydgocki scheint diesen Gesang nie gehört zu haben, da er wahrscheinlich die Andacht nicht besucht. Trotzdem schreibt er die Unwahrheit hierüber.

Außerdem haben die Polen im Mai und Oktober, während des Fronleichnamsfestes und der großen Fasten, sowie auch am Charfreitag besondere Andachten in ihrer Muttersprache, während deren sie selbstverständlich polnisch singen.

Alle diese Andachten hat es früher nicht gegeben, erst ich selbst habe sie eingeführt.

Ungeachtet dieser offenbaren Tatsache schreibt ein gewissenloser Lump: „In der Lissaer Kirche giebt es überhaupt keinen polnischen Gesang, da der Propst Tasch ihn nicht gestattet“. — (Ein solcher Satz war in der Zuschrift des „Goniec“ nicht enthalten, der Propst Tasch sagt also die Unwahrheit. Red.) Und ebenso veröffentlichen die gewissenlosen Redakteure polnischer Zeitungen unvorsichtig solche Lügen, um Haß und Verachtung gegen mich zu wecken. Selbst aus dem Auslande habe ich aus diesem Anlaß schon schändliche Schwindelbriefe erhalten. Die hiesigen polnischen Arbeiter hingegen, in deren Versammlung ich gestern den betreffenden Zeitungsausschnitt verlesen habe, haben alle einstimmig „Lüge!“ gerufen und sie waren tief entrüstet über den gewissenlosen Korrespondenten und über die polnischen Zeitungen, welche solche verlogene Mitteilungen bringen.

(Ach! Ach! Red.)

Ich erle mich, — übrigens habe ich keine Zeit dazu, um mich auf die Berichtigung lügenhafter Zeitungsnachrichten einzulassen. Darum stelle ich es dem geehrten Vorstand des Unitasverbandes anheim, von Obigem beliebigen Gebrauch zu machen, ich bitte jedoch in diesem Falle um ein Belagstück.

Mit Hochachtung!

Jos. Tasch, Propst.

Soweit der Herr Dekan Tasch.

Der Ton des Briefes ist so viel sagend, daß er uns dessen entheben könnte, uns mit dem Dekan Tasch in eine Diskussion einzulassen. Er deckt sein Vorgehen mit der Billigung des Vereins polnischer Arbeiter, dieser polnischen Arbeiter in Lissa, über deren Nationalbewußtsein sich eben dieser Korrespondent hauptsächlich mit Bedauern ausgelassen hat. Richtet doch grade in den Kreisen der polnischen Arbeiter in Lissa die Germanisierung tolle Verwüstungen an, woran im nicht geringen Maße die traurigen kirchlichen Verhältnisse schuld sind.

Unser Korrespondent ist kein „Lump“, wie ihn Dekan Tasch so hübsch nennt, sondern ein aufgeklärter polnischer Bürger, der vielleicht darum beim Propst Tasch angestoßen hat, weil er von dem Vergnügen der polnischen Arbeiter geschrieben hat, mit denen sich Propst Tasch deckt, und deren Kinder bei dem Vergnügen deutsche Liedchen sangen, sodaß die fremden Gäste starr waren und daß ihnen die Tränen in die Augen traten, als sie sahen, was in Lissa unter der sorglichen Hut des Dekans Tasch mit dem Polentum vorgeht.

Derselbe Verein polnischer Arbeiter, auf dessen Autorität Propst Tasch sich beruft, und der in seiner Versammlung sich angeblich über die Gewissenlosigkeit des Korrespondenten und der polnischen Zeitungen entrüstete, hat an dem Vergnügen des Jünglingsvereins mit der Standarte und mit der deutschen Inschrift „Polnischer kath. Arbeiterverein“ an der Spitze teilgenommen.

Wenn Propst Tasch sich auf den kritischen und halb germanisierten Verein polnischer Arbeiter beruft, so ist das ein mehr als viel sagendes und charakteristisches Moment in der ganzen Sache.

Was von dem Propst Tasch zu erwarten ist, davon zeugt hinlänglich sein Schreiben, in welchem er übrigens in gewissem Sinne das zugiebt was unser Korrespondent geschrieben hat.

Wir sprechen dem Propst Tasch das Recht ab, die Redaktionen der polnischen Blätter zu kritisieren und sie gewissenlos zu nennen. Möge Propst Tasch sich um seine Zentrumsprelle bekümmern und uns nicht in niedriger Weise angreifen, denn wir brächten es fertig, die krassen Germanisierungsversuche ans Licht zu ziehen, von denen sogar die Späßen auf den Vissar Dächern pfeifen. Möge er solche Schimpfnamen sein lassen! „Lumpen“ schreiben nicht an den Goniec, von „Lumpen“ würden wir keine Zuschriften annehmen.

Wir hielten und halten an einem anständigen Ton fest, doch sind wir auch nur Menschen; Propst Tasch könnte uns aus dem Gleichgewicht bringen und dann könnten wir Gleiches mit Gleichem vergelten.

Möge Propst Tasch das erwägen und aufhören zu schimpfen, denn das verträgt sich nicht mit der priesterlichen Würde.

Aus Nr. 191 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 23. August 1911:

In Sachen des Angriffs, den die „Katholische Rundschau“ in einer ihrer letzten Nummern gegen die **polnisch-katholischen Arbeitervereine und deren geistliche Leiter**

gerichtet hatte, schreibt der „Dziennik“ u. a.:

... „Kennt das Krotoschiner Organ die Statuten und Zwecke der Arbeitervereine nicht? Weiß es nicht, daß der erste Zweck die Verteidigung und Ausbreitung von Religiosität und guten Sitten in enger Verbindung mit der Kirche ist, daß sie diesem Ziele durch Übung der religiösen Praktiken und durch Ausbreitung der für den Arbeiterstand sehr wichtigen Tugenden der Arbeitssamkeit, Gewissenhaftigkeit, Sparsamkeit, Rührigkeit usw. zustreben? Weiß es nicht, daß ein weiterer Zweck die allgemeine Aufklärung und die spezielle Belehrung der Mitglieder in den vitalen Angelegenheiten vermittelt Vorträgen, Referaten usw. ist unter strengstem Anschluß von Politik? Kann man darin eine Agitation erblicken, daß der Verein sich mit der Förderung der materiellen Interessen des Arbeiterstandes durch Gründung von Begräbnis-, Sparkassen usw. und ferner mit der Verteidigung der Mitglieder gegen Ausbeutung sowie mit der Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern befaßt?“

Über alles das ist die Krotoschiner „Rundschau“ aufs beste unterrichtet, und dennoch verbreitet sie unwürdige Insinuationen, einzig deshalb, weil diese Vereine polnisch sind und weil das Blatt gegen alles Polnische einen unüberwindlichen Haß hegt.

Der gleiche Haß leuchtet auch gegenüber der polnischen Geistlichkeit hervor, welcher „Bedrückung“ der Deutschkatholiken ins Gesicht geschleudert wird. Für Leute von diesem Zuschnitte bedeuten „Bedrückung“ gewisse Beschränkungen des grenzenlosen Sichbreitmachens, die Unmöglichkeit, die polnische Sprache rücksichtslos, sogar aus der Kirche zu verdrängen.

Nicht die polnische Geistlichkeit, dagegen gerade solche Krotoschiner „Katholiken“ vertiefen die Nationalitätenkluft, indem sie die schrankenlose Herrschaft sogar über die geistliche Behörde auszudehnen und aus ihr ein nachgiebiges Werkzeug zu machen wünschen. Daher diese Angriffe auf die geistliche Behörde und die gesamte polnische Geistlichkeit nur deshalb, weil diese Faktoren die Oberherrschaft Krotoschins über sich nicht

anerkennen wollen, daher diese Lamentationen über die Bedrückung der Deutschen deshalb, weil sie im Bereich der kirchlichen Gewalt die Polen nicht bedrücken, und diesen gegenüber nicht die Ausnahmegeetze in Anwendung bringen können, mit denen uns die Zivilbehörden so freigebig bedacht haben.

Und diese deutschen „Katholiken“, welche sich unter die Hut der protestantischen Regierung flüchten, wenn es aus politischen Gründen ihnen bequem ist, die Katholiken zu spielen, und welche an diese Regierung Beschwerden über die geistliche Behörde richten aus Anlaß angeblicher Hintanzetzung, — sie wagen es, Verleumdungen gegen unsere Geistlichkeit zu schleudern, welche ihre ganzen Kräfte in den Dienst des Volkes stellt, um ihm den Glauben zu erhalten, es moralisch zu heben und gleichzeitig für seinen materiellen Wohlstand zu sorgen.

Ein trauriges Zeugnis würde die Krotoschiner Rundschau den Deutschkatholiken bei uns ausstellen, wenn sie der Ausdruck der Allgemeinheit wäre. Zum Glück schart sich um sie nur eine nicht sehr zahlreiche Handvoll von Strebern, die im „Ostmarkenverein“ das Heil Preußens und Deutschlands sehen, und in dessen Horn stoßen. Man braucht nur die letzte Nummer dieses Blattes mit den 8 Artikeln anzusehen, welche über die Polen herfallen, dann gewinnt man eine Vorstellung davon, welche Art christlicher „Liebe“ es in der Welt säen möchte.

Ein solches Blatt können die wahren Katholiken von Deutschland als ihr Organ nicht anerkennen, und sie tun das auch nicht, denn seine Tendenzen laufen dem Geiste der katholischen Kirche grundsätzlich zuwider.

Nur ein solches Blatt wie die Krotoschiner Rundschau kann sich auf das werfen, was erhaben und edel, was ehrenwert ist, und nur ein solches Blatt kann aus bloßem Haß eine Arbeit herunterreißen, welche jeder Anerkennung würdig ist. Aber gerade ein solches Verdammungsurteil sollte eine Anregung und ein Ansporn für unsere Geistlichkeit sein zu um so eifrigerer Erfüllung der Pflichten. *Atpulchrum est digito monstrari et dicere: hic est!*

Der Kurjer Poznański schreibt in der gleichen Nummer:

... Woher jener Angriff auf die polnisch-katholischen Arbeitervereine? Was war die Ursache? Der Autor (des Artikels in der Kathol. Rundschau) weist auf ein Diözesan-Rundschreiben hin. Es soll „vor einiger Zeit“ erschienen sein und die Geistlichen angeblich auffordern, sich energisch mit den polnisch-katholischen Arbeitervereinen zu befassen, selbst wenn die Geistlichen nicht hinlängliche sozialpolitische Kenntnisse besitzen sollten. Der Leser wird sich wundern, inwieweit das „revolutionäre“ Tendenzen oder eine Vertiefung des „Abgrundes“ (zwischen den Nationalitäten) beweisen soll; aber er wird sich noch mehr wundern, wenn er erfährt, daß die Diözesanbehörde weder heute, noch gestern, noch vor „einiger Zeit“ ein Zirkular in der erwähnten Sache erlassen hat. Der verstorbene Erzbischof von Stabłowski hat zwar vor einer Reihe von Jahren in Sachen der polnisch-katholischen Arbeitervereine das Wort ergriffen; aber seit seinem Tode ist die Diözesanbehörde in dieser Sache überhaupt mit keiner Anregung hervorgetreten. Ungeachtet dessen alarmiert die Kathol. Rundschau die deutsch-katholische Öffentlichkeit mit einem geheimnisvollen Rundschreiben und zieht daraus furchtbare Schlüsse.

Aus Nr. 188 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 18. August 1911:

Labischin.

Am Sonntag, den 13. d. Mts., ist hier eine Filiale der polnischen Berufsvereinigung gegründet worden. Die Versammlung, zu welcher Herr Szymczak die Interessenten brieflich eingeladen hatte, fand in der alten Schule statt. Es waren etwa 50 Gäste erschienen. Als Delegierter war Kamerad Grabiszewski aus Bromberg eingetroffen. Nachdem Herr Szymczak eine passende Ansprache gehalten und den Zweck der Versammlung erläutert hatte, ging man zur Wahl des Vorsitzenden über.

Gewählt wurde Herr Szymczak, der zum Schriftführer Herrn Pinczewski berief. Nach Verlesung der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende das Wort dem Delegierten Grabiszewski, der die Bedeutung der Berufsvereinigung, ihre Ziele und Zwecke ausführlich besprach. In der Diskussion ergriffen das Wort die Herren Szymczak, Grabowski und Propst Kłos. Der geehrte Redner — wie auch alle übrigen — appellierte mit innigen Worten an die Versammelten, möglichst zahlreich der Vereinigung beizutreten und die Pflichten, die die Vereinigung ihren Mitgliedern auferlege, zu erfüllen. Dann ging man zur Aufnahme von Mitgliedern über. Es traten 30 Anwesende als Mitglieder ein. In den Vorstand wurden gewählt die Herren:

Szymczak, Vorsitzender,
Jeżonowski, Schriftführer,
Pinczewski, Kassierer.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende die Versammlung und endete mit „Glückauf.“

Aus Nr. 189 des Postep (Posen)
vom 20. August 1911:

Korrespondenz.

Jaratschewo, den 15. August 1911.

In unserm kleinen Städtchen entwickelt sich das Verständnis für die nationalen Angelegenheiten immer mehr. Es versammelte sich eine Gesellschaft Eifriger und beschloß gemeinsam, der Jugend die Möglichkeit der Ausbildung und Stärkung des Geistes und Leibes zu geben. Zu diesem Zweck haben wir zu Sonntag, den 13. August, auf 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Bürgerschaft aus Jaratschewo zeigte sich etwas nachlässig, dagegen nahm die Umgegend an der Versammlung lebhaften Anteil.

Die Versammlung eröffnete der seiner sozialen Arbeit wegen bekannte Herr St. Falkiewicz aus Jaratschewo. Zum Leiter wurde Herr Cz. Pawlicki aus Borek gewählt. Dieser leitete die Versammlung direkt musterhaft. Als erster Redner trat Herr Wróblewski aus Jaratschin auf. Nach Bekanntgabe des Zwecks der heutigen Versammlung referierte er über das Thema: Was ist der „Sokolverein“, und verlas dann einen Artikel des Bischofs Wandurski aus dem Jubiläumsbuche des Posener Sokolvereins. Als zweiter Redner trat Herr Cz. Pawlicki auf. In einer längeren Rede und mit schönen Worten schilderte Redner die heutige Lage der Polen unter der preussischen Herrschaft. Er erwähnte die Ausnahme Gesetze und Schikanen der Polizei, welche bestrebt ist, unsere gesellschaftliche Entwicklung zu unterbinden.

Nach diesen heißen Worten und der Aufforderung zur gemeinsamen nationalen Arbeit und eines größeren Zusammenschlusses erklärten sich die Versammelten einverstanden, in Jaratschewo einen Sokol-

verein zu gründen. Dem neuen Verein traten sofort 40 Mitglieder bei.

Herr Pawlicki gab bekannt, daß gleich im Anschluß an die öffentliche Versammlung eine Mitgliederversammlung mit Annahme der Satzungen und Vorstandswahl stattfinden wird.

In geschlossener Gesellschaft eröffnete Herr Pawlicki die Sitzung des „Sokols“ in Jaratschewo. Indem er die Sokols als Kameraden begrüßte, forderte er sie zur friedlichen und ausdauernden Arbeit auf. Zum Vorsitzenden schlug Herr P. den Gutbesitzer Herrn Trzebinski aus Hytrowo bei Jaratschewo vor. Herr Trzebinski nahm die Wahl an und äußerte seine Freude über das Verhalten der Bürger aus Jaratschewo, die heute verstanden haben, was uns überaus notwendig ist, nämlich der Zusammenschluß und die Einigkeit! Nunmehr wurde auch der Rest der Vorstandsmitglieder gewählt. Herr Pawlicki klärte noch die Mitglieder auf und gab ihnen Fingerzeige, wie man in einem „Sokol“-vereine arbeiten muß.

Mit Freuden bringe ich die Nachricht, welche beweist, daß in Jaratschewo der nationale Geist noch lebt und daß es auch bei uns willige Leute zur nationalen und sozialen Arbeit gibt, zur Kenntnis.

Ein Sokol.

Aus Nr. 190 des Lech (Gnesen)
vom 20. August 1911:

Ein neuer landwirtschaftlicher Verein.

In Ostrowo bei Gembitz, Kreis Strelno, ist ein neuer landwirtschaftlicher Verein gegründet worden. Nach vorheriger Verständigung mit dem Ortspfarrer versammelten sich bei Herrn Dwczarek außer dem Propst noch 20 Bauern, die sämtlich dem Verein beigetreten sind. Den Vorstand bilden:

Propst Hechmann, Ostrowo bei Gembitz, als Vorsitzender,

Herr Dwczarek aus Ostrowo als Vizevorsitzender,

Herr Meller aus Bielsk als Schriftführer,

Herr Hartwig als Schatzmeister und die Herren

Michalski aus Bielsk, Mrowczynski aus

Jaworowo und Molebda aus Siedluchny

als Beisitzer.

Zum Verein werden folgende Dörfer gehören: Ostrowo bei Gembitz, Bielsk, Cienciska, Bzytom, Siedluchna, Jaworowo.

Aus Nr. 188 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 18. August 1911:

Polnische Fähnchen in einem deutschen Garten.

Dies hört sich wie ein Scherz an, ist aber in Wirklichkeit Wahrheit.

Im öffentlichen Garten an der vierten Schleuse, wo gegenwärtig jeden Abend Konzerte einer Damenkapelle stattfinden, hat man eine Anzahl von Dekorationsfähnchen ausgehängt, überwiegend in weiß-roten Farben, die für den Bestand des Staates der Gottesfurcht so gefährlich sind. Besonders uns Polen kann dies gefallen, und trotzdem wir nicht denunczieren wollen, fühlen wir dennoch die Pflicht, die Aufmerksamkeit der Polizei hierauf zu lenken, da wir der Ansicht sind, daß man uns durch die Anwendung von zweierlei Maß großes Unrecht zufügt, denn möge nur einer der Unsrigen etwas Ähnliches wagen, gleich würde ihm die Polizei auf dem Halse sitzen.

Aus Nr. 190 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. August 1911:

Traurige Verhältnisse herrschen

in der **Posener Mittelschule**

hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts. Seit längerer Zeit schon erkrankte der in vorgerücktem Alter stehende Religionslehrer Herr Marcinkowski; in letzter Zeit erkrankte auch ein zweiter älterer Lehrer, Herr Ditrowski. Diese beiden Lehrer erteilten den Religionsunterricht in den beiden untersten Klassen, und sie sind in der Mittelschule für Knaben als Polen im Aussterben. Darum wird seit längerer Zeit auf den Unterstufen den Kindern überhaupt kein Religionsunterricht erteilt, weil es keine jüngeren Kräfte gibt bzw. weil die Stadtschulverwaltung sich meldende polnische Lehrer nicht engagieren will.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 99 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 19. August 1911:

In einem die

„kommunalen Wahlen“

betr. Artikel des Pielgrzym heißt es u. a.:

Unsere Wahlkomitees dürfen die Angelegenheit der Wohlvorbereitung nicht in die Länge ziehen, sondern so schnell wie möglich an die Arbeit herangehen. Wo es möglich ist, müssen Berichterstattungs- und Wahlvorversammlungen einberufen werden, um den Wählern Gelegenheit zu geben, ihre Ansicht auszusprechen, und um die Wähler zu der vor der Tür stehenden Wahl-tätigkeit gehörig vorzubereiten.

Auf diese Weise werden wir manche scharfen Kämpfe, wie sie vor den Wahlen gewöhnlich bei uns geführt werden, vermeiden.

Aber auch die ganze Volksgesamtheit muß sich mit den kommenden Wahlen lebhaft befassen. Es ist bekannt, daß zur Durchführung der Wahlen Geld notwendig ist, denn die Agitation erfordert viel Arbeit und Geld. Indessen sind unsere Wahlklassen gewöhnlich leer. Wie kann man sich aber mit der Wahlbewegung eifrig befassen, wenn das Geld dazu fehlt. Hier muß unbedingt die ganze Volksgemeinschaft zur Hilfe kommen.

Aber auch die Kasse des Provinzialkomitees für Westpreußen und Ermland bedarf der Unterstützung. Die Kasse des Provinzialkomitees ist nämlich erschöpft, und Geld zur Wahlagitation wird gebraucht, und besonders in den Bezirken, in denen wir eine bedeutende Minderheit der Wähler haben und wo die Kosten der Wahlagitation aus der Kasse des Provinzialkomitees bestritten werden müssen, da die betr. Kreis-komiteekassen nur über sehr geringe Mittel verfügen.

Landsleute! Opfert wenn auch die geringste Summe für diesen so wichtigen und edlen Zweck, und ihr werdet damit eine wichtige nationale Pflicht erfüllen.

Aus Nr. 66 des Mazur (Ortelsburg)
vom 17. August 1911:

Unterhaltung zwischen Karl und Fritz.

Karl: Guten Tag, lieber Fritz! Du hast mich so lange nicht besucht und wir haben doch so viel Unterhaltungstoff, denn der Pruski schäumt vor Wut, da er sieht, daß das Ende der konservativen Herrschaft nahe ist. Er schimpft und lügt, daß ihm

der Dampf aus dem Munde steigt, doch das alles ist in den Wind gesprochen, denn die Masuren verlachen nur dieses dumme Gerede des gemeinen Pruski, der von den Konservativen zwecks Verdummung des masurischen Volkes herausgegeben und gratis unter das Volk verteilt wird.

Fritz: Es ist kein Wunder, daß Herr G. sich ärgert, denn wenn die Konservativen bei den Wahlen Siege erhalten, so wird ihm die fette Bezahlung für das Redigieren des Pruski verloren gehen. Schon jetzt schämen sich viele masurische Geistliche des „Preußischen“, denn sie sagen, daß der Pruski zum Verderben des Volkes und zu Gunsten der Konservativen arbeitet. Der „Preußische“ möchte sich die Zeiten herbeiwünschen, wo der Gutsbesitzer den Bauern an den Pflug spannte und das Volk nicht besser lebte als das Vieh. Heute haben die Konservativen kein Anrecht mehr auf uns, daher nehmen sie auf listige Weise durch Verdummung des Volkes uns unsere Rechte fort und zwar auf die Weise, daß das Volk sie als Abgeordnete wählen muß.

Karl: Ja, das ist wahr. Der Kaiser und das Recht geben uns das geheime, freie Wahlrecht, damit jeder nach seiner Überzeugung wählen kann, und diese Halunken wollen unseren von Gott, Kaiser und Recht uns gegebenen Willen auf eine listige Weise stehlen.

Fritz: Jedem von uns ist es doch bekannt, welche Abfütterung des Volkes die Konservativen während der Wahl vornehmen, um demselben im trunkenen Zustande die Stimmen für das „Fundieren“ zu stehlen. Es ist bekannt, wie man uns mit den Polen, den Katholiken, den Jesuiten, dem Landrat, dem Gemeindevorsteher ängstigt, damit wir nicht Herrn Lewandowski, sondern einen Konservativen, also einen solchen Abgeordneten wählen, der die Gehälter und Steuern erhöht und das Volk in Elend und Sorge stürzt.

Karl: Schämst du dich nicht du preußischer Halunke für die Arbeit deiner Brüder, der Konservativen?

Fritz: Wahrlich hätte der Pruski ein Gewissen, so würde er den Konservativen auch für das größte Geld nicht so gemein dienen, denn das bringt dem masurischen Volke Tränen, Hunger und Elend.

Karl: Dieser preußische Halunke gibt immer vor, daß er hinter dem König und der Obrigkeit stehe. Das ist aber eine stinkende Lüge und gemeine Listigkeit. Die Konservativen gehen solange mit dem Könige und der Obrigkeit, solange sie Gnadenbeweise erhalten und es ihnen gut geht. Will aber der König oder die Obrigkeit für das Volk etwas tun, so sind die Konservativen die größten Gegner dessen. Sie wollen es zu keiner Änderung zu Gunsten des Volkes kommen lassen. Dieses hat ihnen schon lange Fürst Bismarck gesagt, daß sie ihr Vaterland Preußen für eine Kuh ansähen, die ihnen viel Milch geben müsse. Lasse diese darin nach, so werde sie gleich zum Schlächter geführt — und dem Vaterlande werde ein Ende gemacht.

Fritz: Die Konservativen lieben ihr Vaterland ganz und gar nicht, sie tun für dasselbe nichts, sondern sie wissen aus ihm großen Nutzen zu ziehen. Die Beamten beziehen große Gehälter, die Gutsbesitzer Zucker- und Spiritusprämien und Getreidezölle. Dafür können sie brüllen und schreien und das Volk verdummen, das auch eingeschüchtert, sich vom Munde abspart und den dicken Polterern gibt.

Karl: Dieser preußische Halunke will das Volk belügen, daß in Preußen niemand anders als der König und die Obrigkeit regierten. In Preußen regiert vor allen Dingen das Recht. An dieses hält sich der König und die Obrigkeit. Das Recht beschließen die Abgeordneten. Der König und die Obrigkeit wachen darüber, daß das Gesetz auch aus-

geführt werde. Das geschieht auch, wenn die Konservativen durch ihre Listigkeit dieses nicht vereiteln.

Fritz: Der Pruski schreibt, daß der Mietling kein Hirt sei, denn die Schafe seien nicht sein Eigentum. Wenigstens einmal hat der Pruski die Wahrheit gesagt (Seite 247 Nr. 31). Das bedeutet, daß du dich vor den Konservativen und dem Mietling Pruski hüten sollst. Liebe Brüder Masuren! Diese Leute sind nicht unsere Brüder, denn in unsern und ihren Adern fließt weder gemeinsames Blut noch sprechen sie unsere Sprache (Herr Gers hat erst im 20. Lebensjahre polnisch gelernt). Das sind also uns Masuren fremde Leute, welche mit Hilfe von Mietlingen über uns Masuren herrschen, und mit Hilfe von Schnaps und Verängstigung uns bei der Wahl unsere Stimmen nehmen wollen. Sie sitzen in Königsberg unter den Sozialdemokraten, und kein Mensch weiß, welche Gesinnung sie haben. Sie arbeiten für die Konservativen als Mietlinge für Geld. Der Pruski hat hier über sich ein gerechtes Urteil gefällt. Masuren! Öffnet also die Augen.

Karl: Der „Preußische“ nennt sich ein evangelisches Blatt. Das ist nicht wahr. Es ist vielmehr ein konservatives Flugblatt, welches so schreibt, um den Konservativen Dumme zuzuschmeißen. Es macht für Geld alles!

Fritz: Daher liest auch kein kluger Masure den Pruski. Unsere Zeitung Mazur bringt dafür immer eine Unmenge Masurenbriefe.

Karl: Was bedeutet „Masovier“?

Fritz: Das sollen angeblich Masuren sein, die im 20. Lebensjahre polnisch lernen, um für Geld den Konservativen Masuren zuzutreiben. Solche echten Masovier kannst du im Pruski Przyjaciół sehen, sie schreiben dort oft von sich. Masurisches Volk meide diese Masovier, denn sie sind dein Unglück!

Karl: Warum ist der Pruski ein solcher Gegner des Blättchens Mazur, und warum wollen es die Konservativen nicht haben, daß das Volk unsere Zeitung liest?

Fritz: Das ist doch klar. Die Konservativen wollen nicht, daß das masurische Volk sich aufklärt und zum Bewußtsein gelangt, was für Vögel die Konservativen sind, welche nur vom Unrecht und dann vom Blute des Volkes leben. Die Konservativen wollen die Masuren noch länger als Kuh melken.

Karl: Wird das Volk erst klüger werden, so verschwinden die Konservativen wie der Schnee in der Sonne, denn ein kluges Volk wählt Abgeordnete aus seinen Reihen — hier bei uns aus der „Masurischen Volkspartei“ — und nicht seine Feinde, d. h. die Konservativen.

Fritz: Wenn ein solcher Viberjacki auf die Jagd geht, so nimmt er einen Hund mit, geht er auf die Politik, so nimmt er auf uns Masuren den Pruski Przyjaciół mit. Der Pruski bedeutet den Konservativen so viel wie der Hund dem Jäger, er treibt den Konservativen die Dummen zum Erschießen zu.

Karl: Brüder Masuren, öffnet eure Augen auf diese Masovier, die im Pruski so viele gemeine Sachen zu unsrer Verdammung schreiben. Keiner dieser Laufsekerle wagt seinen Namen zu nennen, denn die ganze gebildete Welt würde sie auslachen, auch glauben sie selbst nicht daran, was sie schreiben, alles ist Lüge, List und Heuchelei.

Fritz: Ja, das ist wahr. Anders ist es dagegen in unserem Mazur. Dort deckt jeder, der etwas schreibt, auch das Geschriebene mit seinem Namen, denn er glaubt an das, was er schreibt. Er schämt sich also nicht wie die Mietlinge im „Preußischen“ seiner Arbeit. Liebe Brüder, macht auf das alles die Augen auf! Den „Preußischen“ auf den Misthaufen!

Karl: Und uns wird es besser sein, der Pruski, der Wahlschnaps und die Angst, welche das ehrliche, masurische Völkchen so unnötig plagen, werden verschwinden.

Fritz: Und echte Masuren, Karl Neumann, S. Lippert, J. Karpa, Wyszka und unser Wahlkomitee, in welchem nur echte Masuren sitzen, und die man in ganz Masuren kennt, nennt der Pruski Hezypolen, Jesuiten und brüllt, daß wir die Masuren zu Katholiken machen wollen. Seine Mietlinge dagegen, die für Geld die Masuren den Konservativen in die Wolfshäuten zu treiben, nennt er ehrliche Masuren. So sieht also die Ehrlichkeit des Preußischen aus. Brüder Masuren, macht die Augen auf diese gemeine Listigkeit auf und laßt euch nicht in die Sklaverei verkaufen so wie die Mädchenhändler die Mägde in Schande und Ausschweifung für Geld verkaufen. Ebenso handelt der Pruski am masurischen Volke. Er will die frühere Leibeigenschaft wieder einführen.

Karl: Nur der Redakteur unsrer Zeitung Mazur kann sich unser Bruder nennen, denn er spricht von Jugend an dieselbe Sprache wie wir Masuren, ihn bedrückt dasselbe Elend wie uns, er ist ein Untertan desselben Kaisers wie wir.

Fritz: Zu solchen Mietlingen aus einem sozialdemokratischen Lager, welche deswegen polnisch lernen, um das Volk zu verdummen, haben wir kein Vertrauen. Fort mit ihnen, sie sind unsere Brüder nicht!

Aus Nr. 99 der Gazeta Grudziödzka (Graudenz) vom 19. August 1911:

Wahnsinn.

Als wir schon vor mehreren Jahren angesichts der erschreckenden Verbreitung der polenfreßerischen Wut unter den Preußen und den Deutschen prophezeit haben, daß die Wut sie zum völligen Wahnsinn führen wird, waren die deutschen Blätter in der Art des „Geselligen“ und der „Post“ über die polnische Frechheit sehr erboht und manche unserer Blätter haben dieses für eine zwecklose Erbitterung der allmächtigen Erben der Bismarckschen Lehre betrachtet.

Indessen ging es uns seinerzeit durchaus nicht darum, irgendwie zu reizen, am allerwenigsten aber uns durch irgend welche Reiztheit hervorzutun, sondern wir wollten nur diejenigen, welche seinerzeit gern auf dem antipolnischen Rosse ritten, auf die durchaus unvermeidlichen Folgen der Heze gegen das Polentum aufmerksam machen. Und unsere Voraussagung hat sich schon nach Verlauf mehrerer Jahre voll und ganz erfüllt.

Die Heze gegen das Polentum, welche die Regierung so viele Jahre hindurch geführt und gutgeheißen hatte, hat sichtbar manche Geister so weit geschwächt und verwirrt, daß sie geradezu verrückte Übergriffe erzeugen.

Wir werden hier nicht die ganze Litanei dieser Übergriffe, welche die deutlichsten Offenbarungen des Wahnsinns sind, aufzählen. Wir werden uns mit dem Hinweis auf den neuen Vorfall in Oberschlesien beschränken, wo der Standesbeamte gesagt haben soll, daß man lieber ein Kind vergiften, als ihm einen polnischen Namen geben soll.

Das ist etwa kein grober Scherz vom Bierische, bei welchem sich die haktistischen Brüder zur Verschlingung der Polen versammelt haben — wie sich hier in Graudenz seinerzeit ein gewisser Herr ausgedrückt hat, — sondern die Äußerung eines Staatsbeamten bei der Amtstätigkeit.

Es ist besser Gift für das Kind, als ein polnischer Name!

Also nach diesem Herrn Beamten hätten die Eltern aller Miezißlauße, Boleslauße, Sigismunde, mit einem Worte aller derjenigen, welche polnische oder slawische Namen haben, eher Kindesmord begehen müssen, als für ihre Kinder jene polnischen Namen wählen.

Sind denn diese Namen unanständig und häßlich, stammen sie denn von Leuten her, welche sich im Gedächtnis des Volkes durch unerhörte Verbrechen ausgezeichnet haben?

Nein! Dieses hat jener Beamte nicht behauptet und konnte es auch nicht behaupten, denn der Name Boleslaus ist ebenfalls nicht weniger schön als Fritz oder Wilhelm, und derjenige, von dem er her stammt, war ebenfalls kein Verbrecher und kein schlechter Mensch.

Jenen Herrn hat nur einzig und allein das gereizt, daß der Name, welchen er in das Geburtsregister eintragen sollte, rein polnisch war.

Der polnische Klang und die polnische Herkunft jenes Namens reizte also jenen Herrn Beamten dermaßen, daß er dem Vater des Kindes riet, ihm lieber Gift zu geben!

Man hat oft gesagt und geschrieben, daß die sichtbare Erscheinung des Polentums wie eine Fahne in roten Farben oder ein weißer Adler auf manchen Verteidiger des Deutschtums wie ein roter Lappen auf den Stier wirkt. Wir sehen hier eine viel schlimmere Sache, denn das ist ein deutlicher Ausbruch des Wahnsinns durch den Klang des polnischen Namens!

Soweit haben es also diejenigen gebracht, welche seit einer Reihe von Jahren dem deutschen Volk den Haß gegen das Polentum eingeflößt haben, und ebenso auch diejenigen, welche, statt die Schädlinge zurückzuhalten, mit ihnen Nachsicht geübt und sogar mit Anregungen und Unterstützungen nicht gespart haben.

Carnap in Opaleniza, welcher mit gezogenem Schwert den verstorbenen Erzbischof gesucht hat und jener Standesbeamte in Oberschlesien, welcher riet, lieber das Kind zu vergiften, als ihm einen polnischen Namen zu geben, — das sind dank jener Hezer und ihrer Beschützer die neuesten preußischen Helden, welche in der preußischen Kultur ein unauslöschliches Merkmal hinterlassen werden.

Gottes Mühlen mahlen langsam aber gerecht.

Aus Nr. 101 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 24. August 1911:

Die Folgen der Germanisierung.

Infolge des unchristlichen Verhaltens der Germanisatoren — Geistlichen — und des unkatholischen Lebens, das sie mitunter führen, erhalten wir von verschiedenen Seiten viele Klagebriefe. Voller Enttäuschung wird uns mitgeteilt, daß von nun an die Parochianen auf die Germanisatoren — Geistlichen, die mehr weltliche als Diener der Kirche sind —, keinerlei Rücksicht mehr nehmen würden, daß sie sofort die Kirche verlassen würden, wenn die deutschen Geistlichen deutschen Gesang und deutsche Predigten oder deutschen Unterricht zum Schaden der polnischen Parochianen einführen sollten.

Die Korrespondenten schreiben, daß sie die deutschen Katholiken um das Wort Gottes in der Muttersprache keineswegs beneideten, doch müsse das ohne Schädigung der polnischen Parochianen geschehen. Die Priester sollen allen gegenüber gleich gerecht sein. Diese Grundsätze werden auch von jedem achtbaren katholischen

Priester beobachtet, und nur die hartnäckigen Germanisatoren weichen davon ab, deren Ideal Materialismus, bequemes und mitunter ausschweifendes Leben und die Sucht ist, das Wohlwollen der Mächtigen dieser Welt zu erlangen.

Zu dieser Angelegenheit werden wir noch gelegentlich zurückkommen.

Aus Nr. 97 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 15. August 1911:

R a d o m n o, den 11. August 1911.

Gestern hat Herr Hinz aus Thorn das über 1000 Morgen große Gut des Herrn Robinski parzelliert.

Obwohl unsere Institutionen Offerten unter den gleichen Bedingungen abgegeben haben, sind sie nicht berücksichtigt worden.

Darum ist auch die katholische Parochie um 180 Morgen Land geschmälert worden, das der Lutheraner Bizer erworben hat, für teures Geld zwar, doch immer ist es nicht einer der unsrigen, und fremdes Geld, das keinen Segen bringen wird. Und ein derartiger Schritt kann zur Folge haben, daß mit der Zeit mehr Land in den Besitz Andersgläubiger übergehen und auf diese Weise unsere Parochie kleiner wird.

Möge dieser unüberlegte Schritt eine Warnung für uns sein.

Aus Nr. 97 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 15. August 1911:

Aus der Tucheler Heide.

Da ich oft die Aufforderung gelesen habe, die Seinigen zu unterstützen, begab ich mich in Befolgung dieser Losung behufs Einkaufs von landwirtschaftlichen Maschinen zu einem polnischen Maschinenagenten und meinte, daß er Maschinen unserer polnischen Fabriken auf Lager haben werde. Ich fragte nach Pflügen von Cegielski, nach Dampfern von Glogowski, nach Kultivatoren und Häckselmaschinen der Fabrik „Wiktorya“ in Czersk. Die gab es nicht — er führt sie nicht, er führt nur Maschinen fremder Fabriken. — Ich fragte, weshalb? weil er daran nicht soviel verdient! So! Wir Landwirte sollen die Losung „Jeder zum Seinen“ befolgen — wir sollen die Maschinen fremder Fabriken bei den Unrigen kaufen, wir werden durch Annoncen dazu angeregt, und nur deshalb, weil die Agenten Polen sind. Wir sollen ihnen einen großen Verdienst zukommen lassen, und sie nehmen, weil unsere polnischen Fabriken, deren wir im Großherzogtum und in Westpreußen etwa 12 haben, infolge ehrlicher Arbeit sowie Nichtausbeutung des Arbeiters und Lieferung guter Ware, ihnen nicht soviel Gewinn gewähren können, nur diejenigen Maschinen in Kommission, ohne darauf zu achten, ob sie gut und praktisch sind oder nicht, an denen sie am meisten verdienen. Sie schädigen unsere Fabriken und bereichern Fremde, indem sie Maschinen der schlechtesten Gattung verkaufen, wenn nur der Nutzen sehr groß ist. Ich verließ jenes polnische Geschäft und fuhr, obwohl es für mich umständlich war, nach Czersk, wo ich in der Fabrik „Wiktorya“ alle Geräte fand, die ich haben wollte.

Jetzt öffneten sich mir erst die Augen, wie die Läden der fremden Fabriken unter der Losung „Jeder zum Seinen“ unseren Landwirt ausnützen! Wieviel Geld muß unser arme Landwirt umsonst herauswerfen, wenn er in derartigen Geschäften kauft! Es vervollkommenet sich und geht doch alles mit der Zeit mit, und ein solcher Fachmann, der studiert hat und die Ausstellungen besucht, kann einen Landwirt besser beraten,

welche Maschine für ihn geeignet ist oder nicht. Der vom Landwirt teuer erworbene Groschen gelangt auf leichte Weise in die Taschen der Inhaber von Maschinen fremder Fabriken —, und später, wenn etwas platt oder schlecht wird, dann muß man es weit nach den deutschen Städten schicken, die Fracht bezahlen und warten, bis die Sachen repariert werden, und dann bekommt man eine derart gefalzene Rechnung, daß einem die Augen übergehen. Wir müssen uns mit dieser Sache aufrichtig befassen, darüber sprechen und die Landwirte entsprechend belehren, damit sie wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

Einer für viele Landwirte.

Aus Nr. 193 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 24. August 1911:

Schwach.

Dem Beispiel anderer Städte folgend, soll auch in unserem 7500 Einwohner zählenden Städtchen am nächsten Sonntag, den 27. d. Mts., ein sogenannter deutscher „Blumentag“ stattfinden. Kein polnisches Fräulein wird das Amt des Blumenverkaufs übernehmen — kein Pole wird Blumen kaufen — das erfordert unsere nationale Würde. Geben wir unsere Groschen für Volksbibliotheken oder für unsere eigenen humanitären Institutionen und Vereine hin, dann werden wir auch die Sicherheit haben, daß sie zur Vinderung unserer Not verwendet werden.

Aus Nr. 101 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 24. August 1911:

Fürsorge für Veteranen.

Noch ist das Echo der „patriotischen“ Blumenfesttage nicht verklungen. Die Töchter Germaniens in weißen Kleidern wurden auf das Publikum losgelassen, um weiße oder Kornblumen im Interesse der guten Sache, d. h. zu Gunsten der armen Veteranen zu verkaufen. Hier und dort sind auch bedeutende Summen zusammen gekommen, und es konnte scheinen, daß den vom Alter krumm gebeugten Verteidigern des Vaterlandes, für die der Staat kein Geld hat, schließlich ein besseres Los erblicken werde.

In Wirklichkeit muß sich aber nichts geändert haben, da der Dortmund General-Anzeiger unter der Überschrift „Wie Veteranen begraben werden“ einen sehr charakteristischen Artikel veröffentlicht, aus dem wir die wichtigsten Einzelheiten unten wiedergeben.

„Ein müder Wanderer hat nach einem stürmischen Leben vorgestern auf dem hiesigen Kirchhof die wohlverdiente Ruhe gefunden. 66 Jahre alt, krank und gebrechlich, hat er in der letzten Zeit von einer kleinen Rente gelebt, die ihm die holländische Regierung für sein Verdienst um die Verteidigung der holländischen Kolonien ausgesetzt hatte. So lebte er 15 Jahre, und schließlich kam er auf Grund des Armenstatutes ins Krankenhaus, wo er starb. Er wurde auf Kosten der Stadt beerdigt.

Beim Hinaustragen der sterblichen Überreste aus dem Krankenhaus ist aufgefallen, daß vor dem bescheidenen Sarge auf einem Kissen mehrere Orden, insbesondere das eiserne Kreuz und die Kriegsmedaille von 1870/71 getragen wurden; am Grabe gaben Soldaten eine Ehrensalve ab zur Ehrung des alten Kriegers, der in sechs Schlachten für den Ruhm und die Unabhängigkeit Deutschlands gekämpft hat. Während des Aufhebens des Sarges in der Totenkapsel fiel der Boden heraus, so daß der Sarg schnell mit Draht

umgürtet werden mußte, damit der Tote nicht herausfiel. In demselben Augenblick, als der Sarg hinabgelassen wurde, fielen aus ihm Holz- und Sägespähne heraus, auf denen der alte Krieger und Ritter des eisernen Kreuzes gelagert war.“

So weit das „Begräbnis des Veteranen“ nach der Beschreibung des General-Anzeigers. Das ist die schärfste Kritik der Blumentage und der Fürsorge für die Veteranen in Preußen. Der Verstorbene hat in sechs Schlachten seinen Mann gestellt und das eiserne Kreuz erworben, und das deutsche Vaterland, für das er sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, überläßt die Fürsorge um dieses Leben der — holländischen Regierung. Die Mädchen in weiß und die reichen Bürger amüsieren sich während der Blumentage für die Veteranen vortrefflich, und dieselben Veteranen trägt man vom Krankenhaus zum Grabe in Schachteln, die unter der Last des Ritters des eisernen Kreuzes plagen.

Warum schreiben wir das? Wir schreiben das deshalb, weil die polnische Presse auf die Unberechtigung dieser Bettelei für die Veteranen mit deren Schicksal sich der Staat befassen mußte, einmütig hingewiesen hat, und weil es auch unter uns viele Sieger-Barteks gibt, die weder mit Medaillen noch mit dem eisernen Kreuz ihren Hunger zu stillen vermögen.

Aus Nr. 100 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 22. August 1911:

Sullenzygn.

Es ist traurig, wenn man hier sieht, daß manche unserer jungen Leute, wie auch einige ältere, sowohl unsere kostenlose Bibliothek nicht benutzen, als auch zum größten Teil keine Zeitungen lesen, denn ihnen tut augenblicklich der Groschen leid, dagegen werden im Gasthose hinterm Tisch häufig Banketts veranstaltet. Dazu ist Geld vorhanden, und man hört von keiner Not, obwohl wir eine so unerträgliche Dürre hatten. Am Sonntag, den 13. d. Mts., ist hier ein trauriger Fall vorgekommen. Es fand ein Vergnügen des „Kriegervereins“ statt. Dorthin gingen einige der Unsrigen und haben soviel Brantwein genossen, daß sie am nächsten Tage, nachdem sie fast die ganze Nacht durchgezecht hatten, wie ungöttliche Geschöpfe ausgehen haben.

O, traurig, traurig! Wann werden wir die segensreiche Aufklärung erleben, daß man nicht mehr in der Kneipe beim Glase sitzen und die Zeit totschlagen, sondern im Familienkreise bei Zeitungen und Büchern sitzen wird, um nachher diese Aufklärung in den Vereinen zu verbreiten. Ich denke, daß diese paar Worte zur Ermahnung hinsichtlich dieses unnötigen Kneipenbesuches genügen werden.

Achten wir uns, dann wird uns auch die Welt achten.
Ein Wachsamere.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 154 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 18. August 1911:

Unser Standpunkt gegenüber der „Polnischen Partei in Schlesien“.

Unter dieser Überschrift haben wir in den ersten Nummern der Gazeta Ludowa im Februar d. J. eine ganze Reihe von Artikeln veröffentlicht. Einen Teil der in diesen Artikeln enthaltenen Ausführungen wieder-

holten wir in der gestrigen Nummer der Gazeta Ludowa; und zwar legten wir dar, wie die angebliche „Unparteilichkeit“ dieser „Partei“ aussieht, die da bekannt macht, daß sie in ihre Reihen alle Polen ohne Unterschied der politischen Überzeugung und Anschauung aufnimmt, während die Satzungen und das Vorgehen dieser „Partei“ diese Behauptungen Lügen strafen.

Heut möchten wir unsern Lesern unsern Standpunkt zu dieser Partei dartun, damit sie wissen, wie sie sich gegen eine politische Organisation zu verhalten haben, die der Versöhnungspolitik der Abgeordneten Napieralski und Korfanty eine moralische Stütze in den breiten Volksmassen schaffen soll. Wir haben dargelegt, daß eine solche angeblich unparteiliche Partei schon die polnischen Versöhnler in Posen unter dem Namen „Nationaler Bund“ gegründet haben.

Den Namen „unparteilich“ haben sie der Partei deshalb beigelegt, weil, wenn sie sich ausdrücklich polnische Versöhnler nennen würden, niemand zu ihnen gehen würde, denn dem Volke kommt die Versöhnungspolitik schon zum Halse heraus. Durch den allgemeinen Namen und durch die Verkündung, daß sie unparteilich seien, vermögen sie indes manchen zu betören und um einen mehr oder weniger großen Kreis von unaufgeklärten Leuten um sich zu scharen, die von Politik keine Ahnung haben, die ihnen alles blind nachsprechen werden, wie man der Mutter das Vaterunser nachspricht.

Wir haben auch gesagt, daß eine Monopolisierung des Polentums und sein Mißbrauch zum Zwecke einer persönlichen Politik nur unerhörter politischer Mißbrauch ist.

Wir schrieben schon in Nr. 10 der Gazeta Ludowa, „es verstehe sich von selbst, daß es dem Bentheuer Konfession, wie jedem Bürger gestattet sei, eine Parteiorganisation zu gründen und mit ihrer Hilfe ihre Einflüsse zu erhöhen. Aber die Sache muß beim Namen genannt werden, man muß sich zu seinen eigentlichen Absichten bekennen, aber man darf die allgemein-nationalen Lösungen und Güter nicht zu Parteizwecken mißbrauchen und keine Verwirrung der politischen Begriffe hervorrufen.“

Wenn die „Polnische Partei in Schlesien“ die bisherigen ursprünglichen Wege gehen wird, dann steht die ernste Gefahr bevor, daß die Parteipolitik auf den Boden der allgemein-nationalen Organisation übertragen werden wird. Eine Ankündigung dessen enthalten die Satzungen der „Polnischen Partei in Schlesien“, wenn § 2 der Hauptsatzungen besagt, „daß die Grundlage der Partei die polnischen Vereine bilden, die in jeder Ortschaft bestehen müßten und denen anzugehören jeder Pole die Pflicht hat.“ Die „Polnische Partei in Schlesien“ will also auf die allgemein-polnischen Vereine ihre Hand legen.

Wenn die „Polnische Partei in Schlesien“ an die Verwirklichung dessen herangehen sollte, so müßte dies zu einer vollständigen Sprengung unserer Volksgesamtheit und ihrer allgemein-nationalen Organisationen führen.

Wir können uns schwer vorstellen, daß jemand bei uns eine so schwere nationale Sünde begehen und eine so furchtbare moralische Verantwortung gegenüber der Nation auf sich nehmen sollte.

In Nr. 12 der Gazeta Ludowa schrieben wir weiter, daß „parteiorganisatorische Organisationen Leute von gleichen politischen Überzeugungen zu dem Zwecke verbinden, daß die betreffende politische Richtung Bedeutung hätte, sich entwickeln und anderen Richtungen mit Erfolg entgegenstellen könnte“. Eine solche parteipolitische Organisation ist der nationaldemokratische Verein, und eine ebensolche politische Partei ist die „Polnische Partei in Schlesien“. Keine Partei kann sich anmaßen, die ganze Volksgesamtheit zu vertreten, keine Partei darf einer anderen rechtschaffenen Partei Ehre

und Glauben absprechen. Jede Partei ist dagegen naturgemäß der Überzeugung, daß ihre Grundsätze die besten seien und daß ihre Tätigkeit dem allgemeinen Wohle am besten diene.

Wir schrieben: „Wir verstehen, daß die Anhänger der „Polnischen Partei in Schlesien“, ihre Anschauungen mit Hilfe der Organisation zu verbreiten und zu befestigen suchen. Mögen sie aber von uns nicht verlangen, daß wir ihrer Partei beitreten, wenn wir die politische Tätigkeit der Schöpfer und Hauptführer dieser Partei für schädlich halten. Mögen sie von uns nicht verlangen, daß wir alles auf einen politischen Leisten schlagen und alle politischen Unterschiede, die bestehen und bestehen werden, verwischen lassen werden“.

Wir schrieben, daß wir dort, wo es sich um die politische Überzeugung handelt, abgesondert, unabhängig von unseren politischen Gegnern marschieren werden.

Wir schrieben weiter, daß wir eine zweite Art politischer Organisationen haben; das sind unsere Wahlorganisationen. Dort treffen zusammen und können zusammentreffen verschiedene politische Richtungen, aber in dem Augenblick, wo das Provinzialkomitee auf Grund des Willens der Wähler die Kandidaturen der Abgeordneten bekannt macht, gehen wir alle Polen mit den verschiedenen politischen Überzeugungen zusammen, gehen wir einmütig und entschieden gegen die äußeren Feinde vor.

Wir legten ferner dar, daß die Vertiefung der Anhänglichkeit an das Polentum oder die Verteidigung des Wohlstandes des polnischen Volkes und das Politiktreiben zweierlei Dinge sind.

Wo es sich also um die aufklärende und kulturelle Arbeit handelt, sind wir stets zur Mitarbeit mit den politischen Gegnern bereit, denn hierbei sehen wir in ihnen Landsleute und nur Landsleute, nicht aber Politiker mit diesen oder anderen politischen Überzeugungen.

Wenn man also eine Stätte gemeinsamer Aufklärungsarbeit zum Zwecke der Verbreitung nationaler Kultur schaffen wollte, so wären wir stets bereit, ein solches Werk in Angriff zu nehmen.

Aus all dem, was wir im Voranstehenden gesagt haben, geht unsere Stellung zur „Polnischen Partei in Schlesien“ klar hervor. Da diese Partei, trotz der Versicherungen ihrer Gründer, in ihren Satzungen und in ihrer Tätigkeit einen hervorragenden Parteistandpunkt einnimmt, da sie zur Unterstützung der polnisch-zentrumsfreundlichen Politik, die von den Abgeordneten Korfanty und Napieralski gefördert wird, dienen soll, da wir diese Versöhnungspolitik nicht billigen, müssen wir diese Partei bekämpfen, denn sie wird unseres Erachtens eine schädliche Politik entfalten. Wir müssen sie auch deswegen bekämpfen, weil sie unter der Maske des Polentums zahlreiche Scharen des politisch unaufgeklärten obererschlesischen Volkes an sich ziehen und diese Scharen vor den Wagen der von den Abgeordneten Korfanty und Napieralski betriebenen Politik spannen will.

Dagegen erklären wir, daß wir bei den Wahlen einmütig für den Kandidaten stimmen werden, den das Provinzialkomitee nach dem Willen des Volkes aufstellen wird.

Zusammen mit dem Lager der Bentheuer Versöhnung Anhänger wollen wir in unseren polnischen Gefang-, Sokol-, Industrievereinen arbeiten, einmütig und gemeinsam wollen wir arbeiten auf dem Gebiete der Verbreitung polnisch-nationaler Aufklärung unter dem Volke in den Instituten, wie z. B. im Verein der Unterrichtshilfe der Volksbücherei, des Strajchvereins und in anderen Vereinen. Dort hören nämlich alle Parteizwecke und ehrgeizigen Bestrebungen auf und dort beginnt die allgemeine nationale Arbeit.

Das ist unser und unserer Anhänger Standpunkt zu der von den Abgeordneten Napieralski und Korfanty unter dem Namen „Polnische Partei in Schlesien“ gegründeten Parteiorganisation, die wir als allgemeine nationale Organisation nicht anerkennen vermögen und die auch nach ihren Satzungen eine solche Organisation nicht ist und nicht sein kann. Unsere Leser aber bitten wir, ihre unaufgeklärten Landsleute aufzuklären und sie darüber zu belehren, wem diese Partei dienen soll und zu welchem Zwecke sie gegründet worden ist. Wir bitten sie, ihnen zu sagen, daß wir allgemein-aufklärende Organisationen in genügender Anzahl haben, die — z. B. der Volksbücherei-Verein und der Verein Strasz — besser organisiert und besser ausgestattet sind als die „Polnische Partei“, sodaß die Gründung irgend einer ähnlichen Organisation überflüssig und für die allgemein polnische Sache sogar schädlich ist.

Aus Nr. 157 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 22. August 1911:

Betrifft polnisch-nationale Kandidaturen.

Die Hatzisten sind über die Polen sehr „enttäuscht“ weil die Polen bei den Reichstagswahlen überall eigene Kandidaturen auch in den Wahlkreisen aufstellen wollen, wo sie in der Minderheit sind, also in den Grenzmarken und in der Emigration. Die Berliner Post denunziert die Polen, daß es sich ihnen um eine „Umgehung des Sprachenparagraphen“ handle, der den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen in denjenigen Kreisen verbietet, in denen die Zahl der Polen 60 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht erreicht. Die Denunziation der Post ist albern und dumm, denn wenn der Sprachenparagraph für die Zeit der Reichstags- und Landtagswahlen eine Ausnahme macht, so machen die Polen von dieser Ausnahme Gebrauch, so „umgehen“ sie nicht das Gesetz, sondern betätigen sich im Sinne des Gesetzes.

Die Post fordert, daß den Polen der Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen sogar in der Zeit der Reichstags- und Landtagswahlen verboten werden müßte. Die Berliner Hatzistin fordert dies scheinbar deshalb, weil die Polizei nicht imstande sein werde, so viele polnische Versammlungen zu überwachen. Die arme Polizei! Wir hier in Oberschlesien könnten von ihrer „Armut“ dies und jenes erzählen!

In jedem Falle ist es bezeichnend, daß die Hatzisten schon daran denken, wie sie uns den Mund stopfen könnten, — und gleichzeitig denken „große“ Politiker in Schlesien an die Schließung eines Bündnisses mit den Zentrumsleuten in den Grenzmarken und in der Emigration, wonach unsere Landsleute in so und sovielen Wahlkreisen gleich im ersten Wahlgang für die deutschen Zentrumskandidaten stimmen sollten. Es ist eine Schande, daß hiesige Politiker, die doch aus der Vergangenheit wissen müßten, was die Freundschaft des Zentrums wert ist, der nationalen Sache so schädliche Dinge empfehlen. Sie müßten auch wissen, welche Bedeutung der Wahlkampf um selbständige nationale Kandidaturen hat. Dieser Kampf ist um so wichtiger, je mehr das polnische Element in dem gegebenen Wahlkreis durch das deutsche Element geschwächt ist.

Das aufgeklärte Volk in Schlesien versteht dies wohl; ebenso gut verstehen es die Landsleute im Großherzogtum, in Westpreußen, in Ermland und in der Emigration; ebenso gut verstehen es sogar die Hatzisten, die eben deswegen so wütend sind. Nur gewisse großmäulige Politiker bei uns in Schlesien verstehen dies nicht; sie suchen dem Volke einzureden, daß wir durch

ein Bündnis mit dem Zentrum im Großherzogtum und in Westpreußen einige neue Mandate erobern können. Indes hat die dortige Presse der verschiedenen politischen Richtungen einmütig festgestellt, daß uns ein Bündnis mit dem Zentrum in Wirklichkeit auch nicht ein einziges Mandat geben kann, und daß die nationalen Kosten eines Bündnisses mit dem Zentrum furchtbar wären. Der Befehl, unter den heutigen Verhältnissen in einigen Grenzkreisen im Heimatlande sowie in Westdeutschland für deutsche Zentrumskandidaten zu stimmen, wäre ein nationales Verbrechen gegen das polnische Volk in den Grenzmarken des Großherzogtums und in Westpreußen, sowie ein nicht minder schweres Verbrechen gegen die polnischen Arbeitermassen in der Emigration. Dazu werden es die rechtschaffenen und verständigen Politiker nicht kommen lassen.

Aus Nr. 149 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 12. August 1911:

Das Krafauer Kohlenbecken und seine Zukunft. Franz Drobniak.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Gazeta Ludowa eine Reihe von Artikeln, aus welchen im nachstehenden folgende Auszüge wiedergegeben seien:

In Galizien, einem überwiegend Ackerbau treibenden Lande, welches bisher fast seine ganze Existenz auf den Ackerbau stützt, beginnt in den letzten Jahren dank den günstigen Umständen die Industrie so stark zu erwachen, daß sie sogar die Aufmerksamkeit der Fremden auf sich lenkt. Besonders Westgalizien ist dank dem schon weltbekannten Krafauer Industriegebiet ein Mittelpunkt geworden, der fremdes und eigenes Kapital heranlockt und bereits der Keim einer mächtigen Industrie ist, deren Ausbreitung und Aufschwung eine Frage kaum einiger Jahrzehnte, ja vielleicht sogar nur einiger Jahre ist.

Der Flächenraum von dem Grenzflüßchen Bialka bis Krafau ist von der Natur gleichsam dazu bestimmt und vorgesehen, daß sich hier in schon nicht ferner Zukunft eine mächtige Bergwerks- und Fabrikindustrie konzentrieren dürfte. Mit wahrhaft magnatischer Pracht hat die Natur diesen zwischen die Flüsse Bialka, Weichsel, Przemja und Raba eingeschobenen Keil des Landes am Fuße der Karpathen ausgestattet, wo auf verhältnismäßig kleinem Raume solche Schätze aufgehäuft sind, wie Salz, Gips, Eisenerz, Zinkerz, ungeheure Porphyr- und Kalksteinmassen, vor allem aber die unerschöpflichen Schätze der schwarzen Diamanten, der Steinkohle.

Die besonders in den letzten Jahren fieberhaft angestellten Nachforschungen nach Steinkohlen haben einen Kohlenreichtum erschlossen, dessen Wert Milliarden darstellt. Am Fuße der Westkarpathen befinden sich nämlich geradezu unerschöpfliche Steinkohlenlager, die in einem ziemlich regelmäßig geordneten Becken aufgehäuft sind, welches den südöstlichen Teil des großen sogenannten mährisch-schlesisch-polnischen Kohlenbeckens bildet. Dieses letztere umfaßt den östlichen Grenzgürtel Mährens, des Fürstentums Teschen, den südöstlichen Teil Preußisch-Schlesiens, den südwestlichen Teil des Königreichs Polen und einen Teil Westgaliziens. Daß der gegenwärtige Name dieses größten Kohlenbeckens Europas nicht der richtige ist, genügt, einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um sich zu überzeugen, daß dieses auf dem uralten, durch und durch polnischen Boden gelegene Kohlenbecken den Namen „Polnisches Kohlenbecken“ führen müßte, aus welchem heut leider zum größten Teil das polnische Kapital und der polnische Beamte verdrängt ist und in welchem nur der Bergmann-Helot geblieben ist. . . .

Aus Nr. 152 der Gazeta Ludowa
vom 16. August 1911:

Wenn sich diese kohlenhaltigen Gelände in den Händen des Landes befinden würden, könnten wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken, denn wir würden einen riesigen Reservefonds, einen nationalen Schatz besitzen, den weder Feuer verbrennen noch irgendeine Katastrophe verschlingen würde.

Leider haben wir, unklug wie gewöhnlich, diesen Reichtum übersehen und ignoriert, wiewohl sich Professor Jarenczy schon im Jahre 1894 an die Landesbehörden und an die Volksgesamtheit gewandt hat, diese riesigen, noch vollständig freien Gelände in Besitz zu nehmen und zu untersuchen. Und als ich selbst sogar schon nach teilweiser Entdeckung des Reichtums im Jahre 1906 in einem „Verlorene Milliarden“ überschriebenen Artikel auf die Gefahr des Verlustes dieser Schätze hinwies, machte niemand auch nur den Versuch,

die noch freien, riesigen, kohlenhaltigen Flächenräume in Besitz zu nehmen und die Rechte auf diese unschätzbaren Schätze zu wahren.

Dagegen verstanden die Preußen die Bedeutung dieser Schätze, und sie waren es, die frühzeitig daran dachten, diese Schätze einzuheimen und sich in geeigneter Weise so zu sichern, daß heut die Herren der Situation Fremde sind, wofür nachstehende Zusammenstellung ein Beweis ist.

Aus Nr. 153 der Gazeta Ludowa
vom 17. August 1911:

Wenn wir nur das Gelände innerhalb der bezeichneten Grenze, also das kohlenhaltige Gelände berücksichtigen, erhalten wir folgendes prozentuale Verhältnis der einzelnen Terrainbesitzer:

Die Exklusivitäten der preußischen Unternehmer des ganzen kohlen-		haltigen Flächenraums und die Grubenmaße umfassen....	58 0/0
"	"	der galizischen Bergwerksanlagen.....	9 0/0
"	"	der Gewerkschaft Zaworzno.....	8 0/0
"	"	der Gewerkschaft Brzeźce.....	7 0/0
"	"	der französischen Gewerkschaften.....	8 0/0
"	"	des Ingenieurs K. Strohowski.....	5 0/0
"	"	des Schrazz.....	2 0/0
"	"	der verschiedenen kleinen Besitzer.....	3 0/0
Zusammen			100 0/0

Eine betäubende Statistik, um so betäubender, als die kohlenhaltigen preußischen Gelände, die in der mächtigen und bemittelten Hand des preußischen Magnaten Schultius konzentriert sind, sich längs der Bahnlinie, der Weichsel und der projektierten Kanäle von der preußischen Grenze bis in die Nähe von Krakau hinziehen. Von Krakau sind sie durch einen Gürtel der Strohowski'schen Gelände abgeschnitten.

Aus Nr. 154 der Gazeta Ludowa
vom 18. August 1911:

Das in Vorstehendem dargetane prozentuale Verhältnis ist anormal und sowohl für die heimatische Industrie als auch für den Staat geradezu gefährlich. Ein riesiger Prozentsatz der Bergwerksunternehmen und Exklusivitäten befinden sich in den preußischen Händen oder werden durch die Macht der Verhältnisse früher oder später in preußische Hände übergehen, so daß diese die Herren der Situation sein und über die heimatische Industrie entscheiden werden.

Kohle und Erz sind bekanntlich die Grundlage der Industrie, und ohne Kohle kann man sich kaum eine Dorfschmiede vorstellen, von der großen Fabrikindustrie gar nicht zu reden!

Wer Kohle und Erz in seinen Händen hat, der besitzt den Schlüssel zur Industrie, und den Kohlenmangel erzeugen weder Versammlungen noch Enqueten, noch die Unterstützung seitens der Volksgesamtheit, ja nicht einmal Subventionen des Landes-Industriefonds.

Galizien steht vor der Gefahr eines Kohlenmonopols, das sich in den Händen der preußischen Kohlenbarone befindet! Womit eine solche Situation droht, das wissen wir alle.

Fühlen doch schon heut die galizischen Bergwerke ganz empfindlich die Nachbarschaft und den Druck der Konkurrenz der preußischen Bergwerke, die das Land mit ihrer Kohle überschwemmen und die Kohlenpreise der dank diesen ein schwindigkeitsreiches Leben fristenden heimatischen Bergwerke herabdrücken. Galizien, dieses Land des unererschöpflichen Kohlenreichtums führt jährlich etwa 14,5 Millionen Meterzentner preußischer

Kohle ein und zahlt dafür einen jährlichen Tribut von etwa 25 Millionen Kronen an diejenigen, deren Lösung „Ausrotten“ ist und die mit ganzer Rücksichtslosigkeit die uralten polnischen Landgebiete in Zentren ihrer Kultur und ihres Wohlstandes umwandeln.

Der Steinkohlenkonsum in Galizien und in der Bukowina beträgt jährlich etwa 28 Millionen Meterzentner, während die gegenwärtige Produktion der Landesbergwerke kaum 13 Millionen erreicht, dank der ungeheuren, wohl organisierten preußischen Konkurrenz, die mit ganzer Rücksichtslosigkeit den hiesigen Markt erobert. Die galizischen Bergwerke, die für eine Produktion von 20 Millionen Meterzentnern eingerichtet sind und diese Produktion jederzeit noch erhöhen können, sind gezwungen, die Produktion bis auf das Mindestmaß einzuschränken, die Kohle aufzuspeichern und wegen des Mangels an Absatz zwei bis drei Tage in der Woche zu ruhen.

Eine nur bei uns in Polen mögliche Anomalie. Das Rätsel ist aber leicht zu lösen, wenn berücksichtigt wird, daß in Westgalizien 53 Prozent des Bedarfs mit preußischer Kohle und kaum 47 Prozent mit heimatischer Kohle gedeckt werden, während in Ostgalizien 95 Prozent des Bedarfs mit preußischer Kohle und nur 5 Prozent mit heimatischer Kohle gedeckt werden.

Die Preise der galizischen Kohle stehen infolge des Mangels an einer geeigneten Handelsorganisation und in anbetracht der konsequenten stark organisierten ausgezeichneten preußischen Konkurrenz auf einer so niedrigen Stufe, daß sie nicht einmal zum Teil dem wahren Wert der Kohle oder den Preisen entsprechen, die von den anderen Ländern der Monarchie erreicht werden; denn während der Durchschnittspreis der Kohle 86,4 Heller für den Meterzentner und in Niederösterreich sogar 186,6 Heller beträgt, erreicht der Durchschnittspreis der galizischen Kohle dank dem Druck der preußischen Bergwerke kaum die Höhe von 56 Hellern, davon gar nicht mehr zu reden, daß ungeheure Vorräte der aufgespeicherten Kohle ein Opfer des „Selbstverbrennung“ werden.

Aus Nr. 155 der Gazeta Ludowa
vom 19. August 1911:

Gerade in diesen betrübenden Verhältnissen liegt die Gefahr. Angesichts des ungenügenden Kohlenabfazes, angesichts der niedrigen Preise und der Teuerung aller Hilfsartikel und angesichts der schwierigen Arbeitsbedingungen kann es leicht geschehen, daß das eine oder andere finanziell schwache Bergwerk in anbetracht einer schlechten Konjunktur in fremde Hände übergehen wird oder Aktiengesellschaften gegründet werden, deren überwiegende Aktienzahl in preussische Hände gelangen wird, und im Bedarfsfalle werden sogar stärkere Unternehmen, deren Besitzer sich dem Lande gegenüber als Fremde fühlen, — in fremde Hände übergehen, wenn es sich um eine gemeinsame auf die Monopolisierung der galizischen Kohle gerichtete Aktion handeln wird.

Wenn es sogar zu diesem Äußersten nicht käme, so werden doch die heimatischen Bergwerke stets von den preussischen Kohlenbaronen abhängig sein, welche die Mehrheit der galizischen Bergwerke besitzen werden. Und dank den ungeheuren in den längst amortisierten rentablen ober-schlesischen Bergwerken gewonnenen Geldmitteln werden diese einen beliebigen Druck auf den galizischen Kohlenmarkt ausüben können.

Und jedes deutsche Bergwerk ist ein mächtiger Vorposten des Deutschtums, ein mächtiges Bollwerk, um das herum sich eine Schar deutscher Ingenieure und Aufseher sammelt, deutsche Kleinkinderanstalten und Schulen entstehen, in denen Scharen moderner Janitscharen erzogen werden; und durch die harte, schweißige Hand des polnischen Arbeiters gewonnene Ströme von Gold werden in das germanische Vaterland fließen und dazu beitragen, diesen selben Arbeiter zu entnationalisieren und dem polnischen Bauern von der heimatischen Scholle zu vertreiben.

Das ist übrigens nichts Neues; in Mähren, in Schlesien und sogar in den Grenzmarken Galiziens haben wir klare Beweise dafür und wir sehen, was in durch und durch polnischen Gemeinden vor sich geht: Die Behörden befinden sich in deutschen oder tschechischen Händen; die Handwerker, Lieferanten, Unternehmer, Kleinkaufleute, sie alle sind uns fremd und feindlich gesinnt, sie folgen dem deutschen oder tschechischen Ingenieur, wie einst die Troßknechte, und bilden später ein geschlossenes, starkes Heer, dem der wehrlose polnische Bauer und der polnische Bergarbeiter-helot als Beute preisgegeben ist!

Und bei der Kohle wird sich in Westgalizien von neuem dasselbe Schauspiel wiederholen, welches wir in Ost- und Mittelgalizien beim Holz und beim Petroleum sehen: die Naturschätze des Landes werden gerade der Fluch dieses Landes anstatt ein Segen und ein mäßiges Bollwerk der nationalen Existenz!

Die Träume, ein Gesetz zu erlangen, das dem Lande seine Kohle sichert, werden nur ein Trugbild bleiben, denn, was einmal in fremde Hände geraten ist, das wird mit Gewalt nicht entrisen werden, und solche halbe Mittel, wie die Gründung einer Bergakademie im Lande, würden die Schar des intelligenten Proletariats und der stellunglosen Ingenieure, die im Lande und unter Fremden vergeblich einen Broterwerb suchen, nur vermehren.

Wir müssen uns zuerst Werkstätten der Arbeit schaffen und sichern, dann erst dürfen wir auf die Vermehrung der Zahl der Arbeiter bedacht sein, von denen schon heute eine erhebliche Anzahl dank den tragischen Verhältnissen keine geeignete Beschäftigung hat.

Schon heute ist die Situation nicht rosig, und die Zukunft des Krakauer Kohlenbeckens kündigt sich keineswegs günstig an, sofern wir uns nicht mit ganzer

Kraft und Energie zu einer mäßigen Aktion der Selbstverteidigung aufrufen werden!

Die gegenwärtigen Verhältnisse der bestehenden Bergwerke in Westgalizien lassen die ernststen Befürchtungen aufkommen, daß wir es erleben werden, daß sich die mächtige Woge der germanischen Flut bis vor Krakau selbst heranwölben und nicht einmal am Fuße des Wawel halt machen, sondern weiterstreben wird, und wir werden nur zu einer passiven Beobachtung verurteilt sein, solange wir in der Flut nicht untergehen.

Aus Nr. 156 der Gazeta Ludowa
vom 20. August 1911:

Mancher, der diese Ausführungen liest, wird mir allzu großen Pessimismus vorwerfen; um diesen Vorwurf zurückzuweisen, verweise ich alle Ungläubigen auf die Reihe der Artikel über das Thema der in dem Ostrau-Karminer Kohlenbecken herrschenden Verhältnisse, wo ein heftiger Kampf mit den mächtigen Kohlenbaronen und den weit gefährlicheren, denn rücksichtslosen tschechischen und deutschen Direktoren und Ingenieuren tobt, wo um jede polnische Gemeinde, um jede Mehrheit im Gemeindeausschuß ein heftiger Kampf geführt wird, wo die Kleinkinderanstalt und die Schule für das polnische Kind nicht nur mittelst Beiträgen von dem schwer verdienten Gelde gegründet werden müssen, sondern wo man um ihre Existenz unaufhörlich sich kümmern und kämpfen muß. Es genügt, dieses Kohlenbecken zu durchreisen, um zu sehen, daß in durch und durch polnischen Gemeinden, wo 95% der Arbeiter Polen sind, großartige Paläste mit den stolzen Aufschriften „Deutsche Mädchen- und Knabenschule“ oder „ceska skola“ (tschechische Schule) emporragen, während die polnischen Kleinkinderanstalten und Schulen in elenden, baufälligen Häuschen oder sogar, wie es in Michalkowice der Fall ist, in einem als Leichenhalle oder für ansteckende Krankheiten bestimmten Gebäude untergebracht sind.

Und in Galiziens Grenzmarken sieht es nicht besser aus! Es genügt, einen Spaziergang durch Biala zu machen, wo die Straßenaufschriften ausschließlich deutsch und der Gemeinderat deutsch sind, der Polizist auf der Straße aber eine polnische Frage nicht einmal beantwortet.

Und wie sehen die Verhältnisse in den heimatischen Bergwerken aus? In dem Schulcius'schen Riesenunternehmen ist nicht ein einziger der polnischen Sprache mächtiger Beamter vorhanden! — In den ältesten Bergwerken zu Jaworzno befindet sich die ganze Verwaltung in deutschen Händen, und die Amtssprache ist deutsch. In den Bergwerken zu Bory bei Jaworzno, die der sogenannten „Société Anonyme Minière et Industrielle“ gehört, sind der Direktor, die Ingenieure und Steiger Deutsche; das Bleierzbergwerk in Kenty bei Chrzanow ist ausschließlich mit Preußen besetzt, ebenso die Lowitsch'schen Bergwerks- und Fabrikunternehmen in Trzebinia sowie die Gewerkschaft Czerna, desgleichen die Zinkweishütte der Gische'schen Erben in Niedzieliska. In den sogenannten galizischen Bergwerksanlagen in Siersza sowie in der Gewerkschaft Brzeszcze sind die Beamten in der Heimat zwar Polen, aber die Zentralverwaltung ist ausschließlich deutsch. Diese Beweise dürften wohl genügen, um die größten Optimisten zu überzeugen, daß es schon schlimm ist und noch schlimmer sein kann!

Vor einem Jahre fand in Krakau zwecks Sanierung dieser schrecklichen Verhältnisse eine umfangreiche Enquete statt, in welcher des langen und breiten beraten wurde, aber es blieb bei einer Planderei, es fand ein Ausflug der Landes-Industriekommission statt, aber man begnügte sich mit Toasten und einer Rundfahrt, ein positives Ergebnis ist aber bis jetzt nicht da.

Und dennoch kann es nicht weiter so bleiben, wenn wir nicht gegenüber der Volksgesamtheit die furchtbare Verantwortung für die Verschacherung der vitalsten Landesinteressen auf uns nehmen wollen. Hier genügen nicht Worte und gute Absichten, sondern man muß zur Tat übergehen! Und diese Tat ist eine gemeinjamme, zielbewußte Arbeit der Landesbehörden und der ganzen Volksgesamtheit!

Wenn entsprechende Mittel vorhanden wären, müßte das Land unbedingt, sei es irgendein ausgedehntes kohlenhaltiges Gelände, sei es eins der bestehenden, gut prosperierenden und entwicklungs-fähigen Bergwerke ankaufen, damit es eine feste Stütze hätte, auf deren Grundlage es die Verhältnisse ordnen und allen Gelüsten, die Kohle zu monopolisieren, tätigen Widerstand leisten könnte.

Das ganze Land und die Volksgesamtheit müßte es sich zur Aufgabe machen, den ganzen Bedarf ausschließlich aus polnischen Bergwerken zu decken, um diesen Bergwerken eine materielle und moralische Unterstützung zu gewähren, als Entgelt dafür aber von den Besitzern dieser Bergwerke zu verlangen, daß sie sich verpflichtet fühlen sollen, im Lande und für das Land zu arbeiten, daß sie also die Stellen der Beamten und Aufseher ausschließlich mit polnischen Kräften besetzen, ihre Arbeiten heimatischen Unternehmern übergeben, allen ihren Bedarf im Lande decken und sich als Glieder dieser Volksgesamtheit fühlen, an die sie ihre Erzeugnisse absetzen und von der sie ihr Arbeiterheer nehmen!

Durch eine erfolgreiche Unterstützung seitens der ganzen Volksgesamtheit werden die bestehenden Bergwerke einerseits so stark werden, daß sie gar keine Rücksicht auf den mächtigen Konkurrenten zu nehmen brauchen, dem nicht einmal seine riesigen galizischen kohlenhaltigen Landkomplexe etwas helfen werden, andererseits aber werden sich die Bergwerke im wohlverstandenen Interesse dieser Volksgesamtheit gegenüber verbunden fühlen und mit ihr rechnen müssen.

Dann wird die Gefahr des preußischen Monopols verschwinden, und die Gefahr der germanischen Hochflut wird auf Null herabsinken, denn an der gestählten, ihrer Aufgabe und ihrer Kraft sich bewußten polnischen Volksgesamtheit wird die sich heranwühlende hochmütige germanische Woge zerschellen!

Aus Nr. 16 der Wzajemna Pomoc (Königshütte)
vom 15. August 1911.

Am Sonntag, den 6. August, fand in Königshütte eine Konferenz von Delegierten, Vertretern der Berg- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien, statt. An der Konferenz nahm auch der Vorsitzende des Zentralvorstandes aus Bochum teil. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: „Die neuen Satzungen“, „die Agitation“ und andere wichtige, die polnische Berufsvereinigung betreffende Sachen. Die versammelten Delegierten der polnischen Berufsvereinigung besprachen mit Vertretern des Katolik und der Gazeta Ludowa, dem Herrn Abgeordneten Napieralski und dem Herrn Abgeordneten Dr. Seyda, das Verhältnis der polnischen Berufsvereinigung zu den Zeitungen.

In Namen der polnischen Berufsvereinigung gab der Zentralvorsitzende, Kamerad Sosinski, die nachstehende Deklaration ab:

Die polnische Berufsvereinigung hat von der Zeit ihrer Gründung an auf Grund der Satzungen jegliche politische Angelegenheiten ausgeschaltet und diesen Grundsatz durch eine in der Generalversammlung in Bochum im Jahre 1909 gefaßte Resolution bestätigt.

Infolgedessen ist es weder den Hauptvorständen noch den Filialen, noch den Vertrauensmännern der polnischen Berufsvereinigung gestattet, sich in den Versammlungen und Konferenzen der „Vereinigung“ mit politischen Angelegenheiten zu befassen.

Die Vorsitzenden der Filialen, die außerhalb der polnischen Berufsvereinigung freie Bürger sind, sollten mit Rücksicht auf ihr Amt in der Vereinigung, soweit sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen, auf das Wohl der polnischen Berufsorganisation Rücksicht nehmen, damit durch ihre politische Agitation die Mitglieder der Vereinigung nicht abgeneigt gemacht werden.

Die Herausgeber der polnischen Zeitungen bitten wir, die polnische Berufsvereinigung in die Politik nicht hineinzuziehen.

Wenn sie Grund haben, sich über das Verhalten der Beamten und Leiter der Filialen der polnischen Berufsvereinigung zu beschweren, dann mögen sie die Sache dem betreffenden Vorstände vorlegen und sie nicht öffentlich breittreten.

Diese Erklärung haben die Vertreter der polnischen Zeitungen zur Kenntnis genommen und ihrerseits die nachstehende Deklaration abgegeben:

Die durch den Zentralvorsitzenden Sosinski im Namen der polnischen Berufsvereinigung dargelegten Grundsätze halten wir für richtig und werden uns bemühen, daß unsere Zeitungen die polnische Berufsvereinigung in die Politik nicht hineinzieht. Wir erachten es für geboten, daß solange die politischen Verhältnisse in Oberschlesien so zugespitzt bleiben wie gegenwärtig die Zeitungs-Redakteure und solche Personen, die mit der Herausgabe der Zeitungen eng verbunden sind, als Redner in den Versammlungen der polnischen Berufsvereinigung nicht auftreten.

Wenn von dieser Regel aus irgend einem wichtigen Grunde eine Ausnahme gemacht werden sollte, dann dürfte das unseres Dafürhaltens lediglich auf Grund der Einladung der Hauptvorstände der Polnischen Berufsvereinigung geschehen. Der Eingeladene sollte in der Versammlung nur über das sprechen, warum er vom Vorstände gebeten worden ist.

Wir hoffen, daß alle unsere Beamten und diejenigen Personen, denen die Sache der Arbeiter am Herzen liegt, im Sinne der obigen Erklärungen auftreten werden, wodurch sie sich gleichzeitig der Entwicklung unserer polnischen Berufsorganisation dienstbar erweisen können.

Diese Versammlung und die obige Deklaration sind mittelbar dadurch herbeigeführt worden, daß nach jener berühmten illegalen Versammlung in Schoppinitz die Beuthener Zeitungen, verschiedene Mitglieder und Beamten der polnischen Berufsvereinigung angegriffen haben (s. Nr. 155 u. 156 des Kurj. Slonski vom 11. u. 12. Juli) und in das Gewirr dieses Zeitungskampfes sogar die Arbeiterorganisation mit hineinziehen wollten, indem sie die vermeintlichen Proteste einer Filiale der Vereinigung gegen die Gazeta Ludowa fabriziert haben (siehe Nr. 157 des Kurj. Slonski vom 13. Juli d. J.). Wir haben diese politische Gewissenlosigkeit in der Nr. 125 der Gazeta Ludowa vom 14. Juli d. J. in gehöriger Weise gebrandmarkt.

Auf den durch die Gazeta Ludowa in der Nr. 124 dargelegten Standpunkt stellte sich der Vorstand der Abteilung der Hüttenarbeiter der polnischen Berufsvereinigung durch die Annahme eines entsprechenden Beschlusses vom 18. Juli, und vom 6. August d. J. wurde dieser Beschluß durch die Konferenz der Dele-

gierten der Berg- und Hüttenarbeiter Oberschlesiens in Königshütte unter dem Vorsitz des Zentralvorsitzenden, Kameraden Sosinski, bestätigt.

In diesem Beschlusse ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß es weder den Filialen noch den Vertranensmännern der polnischen Berufsvereinigung gestattet sei, in den Versammlungen und Konferenzen sich mit politischen Angelegenheiten zu befassen. Es ist in diesen Versammlungen auch nicht gestattet, die Parteikämpfe zu berühren, die unter den Zeitungen geführt werden.

Außerhalb der Versammlungen sind die Vorsitzenden der Filialen freie Bürger, und man kann ihnen — wie das der Zentralvorstand in seinem an die Gazeta Ludowa gerichteten Briefe vom 13. Juli d. J. betont hat — die Zugehörigkeit zu irgend einer Partei und das Agitieren für sie nicht verbieten, sie sollten nur — wie in der obigen Deklaration vom 6. August zum Ausdruck gebracht worden ist — so weit sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen, auf das Wohl der Vereinigung Rücksicht nehmen.

Das ist der klare und unzweideutig ausgesprochene Standpunkt der Vereinigung zur Politik. Es ist in ihm ausdrücklich dargetan, daß die polnische Berufsvereinigung eine rein berufliche Arbeiterorganisation sei, die ihren Mitgliedern und Beamten außerhalb der Versammlungen in der politischen Arbeit und Agitation freie Hand lassen. Werden nun angesichts dieses Beschlusses die Zentrumsblätter, wie der Gornik Polski, das Organ der christlichen Verbände, oder die sozialistischen Blätter, wie die Gazeta Robotnicza, noch fernerhin behaupten, daß die polnische Berufsvereinigung eine politische Organisation sei?

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 98 der Osa (Herne-Horsthausen)
vom 17. August 1911:

Geistiger Selbstmord der Abgeordneten-Verleger im preussischen Anteil.

Auf die polnische Nation im preussischen Anteil fallen immer größere Schläge hernieder, die vom Schicksal herungeworfene, des Vaterlandes, des Acker und der Sprache beraubte polnische Nation, muß sich unter Fremden ihr Stückchen Brot suchen. Unter solchen schweren Lebensverhältnissen ist der polnischen Nation nur ein Trost geblieben, nämlich der, sich durch das Lesen polnischer Zeitungen gegenseitig aufzuklären und zu belehren. Die polnische Zeitung ist ein Gast, ein wahrer Freund einer jeden echten polnischen Heimstätte, sie ist eine Festung, die ihre Leser vor den Versuchungen der Germanisierung schützt, sie ist eine Waffe, die dazu dient, den Feind abzuwehren, der ständig auf uns losstürmt, um uns zu zermalmen und auszurotten, um die Reste der Schiffbrüchigen zu Dienern dieser Nation zu machen, die uns durch antipolnische Gesetze hierzu zwingen will. Den Verteidigern und Lehrern der polnischen Nation ist die Presse übrig geblieben. Deshalb mußte es auch die Aufgabe eines jeden Journalisten, eines jeden Redakteurs sein, dem Volke zu Hilfe zu kommen, damit es nicht fällt. Sie mußten brudermörderische Kämpfe vermeiden, um nicht durch ihr schlechtes Beispiel Argernis zu erregen, denn nicht durch schöne Worte sondern durch die Tat kann jeder Journalist viel ausrichten.

Aber Gott bewahre! In der letzten Zeit konnte man die Arbeit mancher Journalisten eine Arbeit von Schulbuben nennen, und sie ist für die polnische Nation

noch umso trauriger, als sie von unsern Vertretern, den Abgeordneten-Verlegern, betrieben wird. Besonders in der letzten Zeit haben die Zeitungen der Abgeordneten-Verleger in ihren Spalten ihren Lesern anstatt Aufklärung — Gift gereicht.

Mit Ekel erinnern wir uns an den Kampf des Abgeordneten Kulerski, des bekannten ehrgeizigen Menschen aus Graudenz, mit dem Abgeordneten Brejski. Als Kulerski an „Gottesgnadentum“ erkrankte, sparte er keine Mittel, um seinen Kollegen Brejski zu vernichten. Er ergriff nach unwürdigen, gassenbubenhaften, brutalen Mitteln, um Herrn Brejski und seine Zeitung in den Augen seiner Leser herabzusetzen. Um sich zu verteidigen, wurden seitens des Herrn Brejski ebenfalls keine Mittel gespart, um seinen Gegner zu vernichten. Man nährte die Leser der Gazeta Grudziadzka und des Wiarus Polski mit vergifteter Speise, an welcher noch bis zum heutigen Tage die polnische Nation in der Emigration krankt. Es ist nicht unsere Sache, zu entscheiden, wer die Schuld hieran trägt, aber der Stolz des Abgeordneten Kulerski hat es dazu gebracht, der das westfälische Land unter die Standarte seiner „Geliebten Brüder reißen wollte, um jene 100 000 Leser, an denen er bis zum heutigen Tage krankt, auf westfälischer Erde zu erobern.

Er hat es in den von seinen Kolporturen veranstalteten Versammlungen nicht an Würsten fehlen lassen, mit denen die Vertrauensmänner gespeist wurden, er hat nicht mit schönen Geschenken gefnauert, wie z. B. mit Manschettenknöpfen mit dem Bilde des Herrn Abgeordneten. Ein Hilfsmittel bedeuteten auch die für die Vertrauensmänner persönlich herausgegebenen Rundschreiben, denen Fingerzeige gegeben wurden, wie sie arbeiten sollten, um nur 100 000 Abonnenten zu beschaffen. Trotz alledem gelang aber das Stückchen nicht, denn in seinem Hochmut und Stolz ging er sogar so weit, daß er Führer und alleinherrschender Direktor in der polnischen Berufsvereinigung werden wollte, wie, ohne anzüglich zu sein, im Zirkus der sogenannte „August“, der, ohne dazu berechtigt zu sein, Anordnungen trifft, um das Publikum zu amüsieren, und dann, wenn er das Publikum gut amüsiert hat, aus der Arena hinausgeworfen wird. Das gleiche traf auch Herrn Kulerski, der die Organisation als einen Zirkus ansah. Da es sich aber im Zirkus um das Vergnügen und in der Organisation um die Existenz handelt, erlaubten ihm die Arbeiter nicht, sie zu verhöhnen, und sie warfen den Herrn Direktor vielleicht schon für immer hinaus, was er, nachdem der Schaden angerichtet ist, bedauert. Herr Kulerski hatte sich bemüht, die Beamten der polnischen Berufsvereinigung in den Augen der Mitglieder herabzusetzen, er lehrte seine Leser Schimpfworte, die man lange in Wörterbüchern suchen könnte. Dies geschah vor der Generalversammlung der Bergarbeiterabteilung, denn die Person des Vorsitzenden dieser Abteilung paßte ihm nicht, weil er als Arbeiter und gegenwärtiger Vorsitzender sich erlaubt hatte, eine eigene Ansicht auszusprechen, weil er die Finanzreform verdammt hatte, weil er es verdammt, daß die Fraktion mit Herrn Kulerski an der Spitze für die höhere Besteuerung des Tabaks, Kaffees, Tees gestimmt hatte. Dieser Krieg macht sich noch bis zum heutigen Tage bei der Agitation für die Berufsvereinigung bemerkbar. Auf wen fällt die Schuld? Auf den Abgeordneten-Verleger, der den Geist seiner Leser vergiftet hat. Nachdem er in der Generalversammlung der Bergarbeiterabteilung der polnischen Berufsvereinigung seine Belohnung erhalten hatte, indem in dieser Versammlung die bekannte Resolution einstimmig angenommen wurde, schwieg Herr Kulerski in den Spalten seiner Zeitung wie

beherzt und schweigt immer noch. Warum? Weil er sich an den Bergleuten die Pfötchen verbrannt hat, deshalb scheint ihm die Tugend „die Zunge im Zaume zu halten“ vorteilhafter zu sein.

Wer aber krank ist, der gebraucht Arznei. So verhält es sich auch mit Herrn Kulerski. Das westfälische Stückchen ist ihm nicht gelungen, es ist ihm nicht gelungen, die rote Erde, wie er sich ausgedrückt hat, zu erobern, deshalb muß er jetzt den dornigen Acker, seinen eigenen, bearbeiten. Er denkt auch daran, daß die Wahlen vor der Tür stehen, daß er sich insolgeßes wiederum bemühen muß, daß er auch in den nächsten fünf Jahren die Worte verkünden kann: „Ich arbeite in Berlin für meine geliebten Brüder“. Und da diese Sitze vom Volk, durch die Wahlen, verteilt zu werden pflegen, muß man sich um den Einfluß dieses Volkes bemühen. Nur da er diesen in seinem Bezirke nicht besitzt, weil sich Leute finden, die ihn im richtigen Lichte darstellen, so paßt dies Herrn Kulerski durchaus nicht. Wehe aber jenem, der es wagt, etwas gegen „Seine Gnaden“ zu schreiben. Herr Kulerski führt jetzt Krieg mit Herrn Teska, dem Herausgeber des Dziennik Bydgoski. Der Kampf wurde auf Leben und Tod geführt, es fielen Verdächtigungen seitens des Herrn Kulerski, daß Herr Teska das für die Witwen und Waisen der unglücklichen Opfer in Radbod gesammelte Geld unterschlagen habe, er nannte Herrn Teska einen Messerhelden, Herr Teska dagegen nannte den polnischen Abgeordneten, ich bitte nicht zu lachen, einen „Hanswurst“. Als klügerer schwieg schließlich Herr Teska, aber Herr Kulerski bellt weiter. Auch hier reichte man den Lesern beider Zeitungen vergiftete Speise. Wie ist dem Übel abzuhelpen?

Die Antwort ist kurz. Aufgabe der polnischen Volksgesamtheit bei den nächsten Wahlen muß es sein, die Abgeordneten-Zeitungsverleger aus Berlin zu entfernen, und wir versichern, daß dann der liebe Frieden in unserer Volksgesamtheit erblühen wird, denn jeder Verleger muß sich dann bemühen, durch seine Feder und seine Arbeit Leser zu gewinnen, wie dies bereits viele andern polnische Verlegern tun. Sie werden brudermörderische geistige Kämpfe vermeiden, nur die polnische Nation wird aus den Zeitungen eine gesunde geistige Speise erhalten, die ihr sehr notwendig ist. Ihr Herren Abgeordneten-Verleger, ihr handelt unrecht, führet die Nation nicht auf Irrwege, denn dies wünscht die polnische Nation nicht, am allerwenigsten aber der polnische Emigrant.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 383 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 18. August 1911:

Das Regime des Kardinals Kopp.

Es ist bekannt, daß die Geistlichen, welche in den Pfarochen Teschen-Schlesiens amtieren, ihre theologischen Studien in Breslau unter den Augen des Kardinals Kopp beenden. Die Frage der Erziehung derjenigen Geistlichen, die als Untertanen des österreichischen Staats geistliche Funktionen in Teschen-Schlesien verrichten sollen, in einem fremden Staate ist eine Anomalie.

Wollte man diese Anomalie beseitigen, so müßte zunächst dafür gesorgt werden, daß die in Teschen-Schlesien gelegenen Dekanate von dem Breslauer Bistum losgetrennt und — mit Rücksicht auf die bedeutende Mehrheit der Katholiken polnischer Nationalität — dem **Kraukauer Bistum** einverleibt würden. Bevor diese Angelegenheit in den entscheidenden Kreisen wird erörtert werden

können, ist für uns die Frage der Erziehung derjenigen Geistlichen, die sich in Teschen-Schlesien betätigen sollen, von Wichtigkeit.

Diese Erziehung unter den Augen des Kardinals Kopp, flößt uns eine aus **nationalen Gründen** ernste Besorgnis ein. Die angeblich autonomen geistlichen Behörden im preußischen Teilgebiet, in den Diözesen Ermland, Culm und Breslau, die gleichsam durch ein Geheimbündnis mit der preußischen politischen Behörde verbunden sind, unterstützen diese Behörde voll Eifer durch ihre Germanisierungsbestrebungen im Rahmen ihrer Kompetenz, indem sie die Pflicht, die junge Generation der Priester in der polnischen Sprache auszubilden, vernachlässigen.

In welcher nachlässiger, geradezu unwürdiger Weise der Unterricht der polnischen Sprache im Breslauer Konvikt und Alumnat behandelt wird, beweist zunächst die sogenannte polnische Prüfung. Keiner der jungen Theologen nimmt diese Prüfung ernst. Die Prüfungen aus den verschiedenen Gebieten des theologischen Wissens fürchtet jeder von ihnen und bereitet sich für sie gewissenhaft vor. Da aber jeder ohne Ausnahme eines günstigen Ergebnisses der polnischen Prüfung gewiß ist, bereitet er sich hierfür überhaupt nicht vor; die ungeheure Mehrheit der sich zu dieser Prüfung Meldenden kann sogar nicht einmal gut polnisch lesen. Die Zahl derjenigen Kandidaten aber, die die polnische Sprache etwas genauer konnten und polnisch schreiben konnten, belief sich an dem Kurzus vor drei Jahren auf zusammen fünf unter vierzig.

Ihr größter Teil hat kaum einige Brocken aus dem polnischen Katechismus auswendig gelernt und zur Not einige leichte Fragen aus dem Katechismus, die ihnen schon im deutschen Wortlaut bekannt waren, übersetzt, einige leichte allgemeinere Fragen beantwortet und ein günstiges Zeugnis in der polnischen Sprache erzielt. Es gab aber auch eine Menge solcher, die nicht einmal soviel konnten.

Unter den jungen Theologen gilt es als sicher, daß eine genaue Kenntnis der polnischen Sprache geradezu gefährlich ist, weil, wer entweder gut polnisch kann oder etwas eifriger dem Studium der polnischen Sprache obliegt, das außergewöhnliche Glück hat, eine Stelle in der Breslauer Diaspora, d. i. in den größten Sandwüsten Brandenburgs oder an den waldigen Gestaden Pommerns, gegen eine ganz miserable Besoldung zu erhalten.

Nur sehr wenige Ausnahmen unter der Jugend widmen sich allein, freiwillig, von edleren Beweggründen getrieben, einem eifrigen Studium der polnischen Sprache, die übrigen dagegen wollen, obgleich sie von polnischen Familien abstammen, lieber ihre freie Zeit an verschiedenen „Stammtischen“ vergeuden, wo sie, in narrenhafter Weise in buntpfarbige Gewänder gekleidet, das Leben und die Trinkfitten der mannigfachen Studentenvereine, wie der Borussen, Germanen, Teutonen, Winfriedenen und ähnlicher schöner Namen, nachäffen. Zu guter Letzt machen solche „utraquistischen“ Renegaten in der christlichen Hierarchie als „rechtlich denkende“ Priester Karriere.

So erzogene Geistliche sollen später unter dem polnischen Volke in Teschen-Schlesien wirken? Die Frage der Zugehörigkeit Teschen-Schlesiens zur Breslauer Diözese ist schon vielfach besprochen worden, es wurde oft gefordert, daß dieses Stück Land, welches zum österreichischen Staatsgebiete gehört, der Obrigkeit der **Kraukauer** Diözese unterstellt würde. Diese Forderung ist aus vielen Gründen billig und gerecht.

Aus Nr. 122 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)

vom 18. August 1911:

Der polnisch-ruthenische Ausgleich.

Friedensklänge tönen von Wien her durch unser Land. Der erbitterte Kampf zwischen den slawischen Brudervölkern, welche Galizien bewohnen, soll endlich einem friedlichen Verhältnis Platz machen. Auf Anregung und unter Mitwirkung der Zentralregierung haben während der letzten Reichsratsession in Wien die ersten Besprechungen zwischen den Führern des Polenklubs und denen der ukrainischen Partei stattgefunden, welche die Anbahnung einer Versöhnung und eines ruhigen Zusammenwirkens der beiden slawischen Nationalitäten unseres Kronlandes herbeiführen sollen. Freilich ist es von diesen ersten Besprechungen bis zur wirklichen Ausföhrung noch ein weiter Weg. Aber man darf nicht daran zweifeln, daß die Sache diesmal wirklich ernst gemeint ist. Das beweist ihre ganze, ziemlich ausgedehnte, politische Vorgeschichte.

Mit großer Zähigkeit und bisher jedenfalls auch mit sichtlichem Erfolge, hat Statthalter Dr. Bobrznyski, nachdem er das Erbe, des von ukrainischer Hand ermordeten Grafen Potocki übernommen hatte, die Herstellung geordneter Zustände und insbesondere die Lösung der schwierigen ruthenischen Frage im Lande, in die Hand genommen. Von Anfang an hat er sich bemüht, die extremen Richtungen zu bekämpfen und sich eine große Mittelpartei im Lande zu schaffen, die vor allem auch geneigt wäre, den Ruthenen bei denjenigen Forderungen, welche bei einem maßvollen polnischen Standpunkt als berechtigt erkannt werden müssen, entgegen zu kommen. Die Aufgabe war nicht leicht. Der erbitterteste Gegner des Statthalters war der gewesene Eisenbahnminister Dr. Glombinski und die von ihm geföhrte allpolnische Partei. Aber es ist dem Statthalter gelungen — freilich nicht durch die besten Mittel — den Einfluß der allpolnischen Partei bei den letzten Wahlen zu brechen, den Minister Glombinski zu stürzen und die Leitung des Polenklubs im Reichsrat in die Hände seines Freundes Bilinski zu spielen. Die Majorität, welche der Statthalter jetzt im Polenklub des Reichsrats besitzt, ist zwar nicht so stark, wie es nach dem ersten Ausfall der Wahlen scheinen konnte und noch kurz vor Schluß des Reichsrats wäre dem Statthalter fast eine Art Mißtrauensvotum zu Teil geworden. Aber Dr. Bobrznyski hat sich längst gewöhnt, seine Stellung nicht allzusehr auf die wechselnde Gunst der parlamentarischen Verhältnisse zu gründen. Bei seinen Ausgleichsbestrebungen hat er Bundesgenossen, die weit stärker sind, als seine Gegner im Polenklub. Diese Bundesgenossen sind einerseits die Zentralregierung und die Hofkreise, für welche die Gewinnung der Ruthenen zu positiver Mitarbeit sehr erstrebenswert erscheint, und sodann die hohe Geistlichkeit. Einen klugen und beharrlichen Förderer ihrer Interessen besitzen die Ruthenen an ihrem geistlichen Oberhaupt, dem Metropolitene Szeptycki. Ihm dürfte ein nicht geringes Verdienst darin zukommen, wenn der polnisch-ruthenische Ausgleich jetzt wirklich zustande kommt.

Die bisherigen Verhandlungen sind natürlich streng geheim geführt worden. Trotzdem kann man nicht zweifelhaft sein, worauf sie sich vor allem bezogen haben. Man dürfte auf seiten der Regierung, des Statthalters und seiner Gefolgschaft geneigt sein, den Ruthenen vor allem in den beiden Hauptpunkten, um die sich bisher der Kampf gedreht hat, entgegen zu kommen. Diese Hauptpunkte sind: Die Errichtung einer ruthenischen Universität und die Vermehrung der ruthenischen Mandate im galizischen Landtag. Außerdem wird die

Regierung wohl auch bereit sein, den Ruthenen wieder ein paar Mittelschulen und die Beförderung einer Anzahl ruthenischer Beamter und dergl. zu bewilligen. Die ukrainischen Politiker verlangen freilich viel mehr. Der „Dilo“, das Hauptorgan der ukrainischen Partei, hat es bereits mit nackten, dürrer Worten ausgesprochen: Es handle sich nicht um ein paar Zugeständnisse an die Ruthenen auf kulturellem Gebiet, auch nicht um ein paar neue Landtagsmandate, sondern um die Veränderung der ganzen rechtlich-politischen Zustände in Galizien. Nämlich um die Zweiteilung des Landes in eine polnische und in eine ruthenische Hälfte, von denen die letztere einen ruthenischen Statthalter, eine ruthenische Verwaltung und ruthenische Amtssprache erhalten müsse. Aber die ukrainischen Politiker werden klug genug sein, sich diesmal mit dem Erreichbaren zu begnügen, schon aus dem Grunde, damit sie vor ihren Wählern endlich einmal auf greifbare, politische Erfolge hinweisen können.

Wenn polnische Blätter den Gedanken ausgesprochen haben, die Zentralregierung werde eine polnisch-ruthenische Ausföhnung bald bedauern, weil durch eine solche die Macht und das Ansehen des Landes Galizien und infolgedessen auch seine Autonomie wesentlich wachsen würde, so ist das eine sehr kurzsjichtige Auffassung. Zu einer Stärkung der polnisch-autonomistischen Bestrebungen wird der Ausgleich mit den Ruthenen gewiß nicht beitragen. Die Ruthenen werden auch weiter alles tun, um jedes Streben der Polen nach Vermehrung ihrer Macht im Lande zu bekämpfen. An einer Machtsstellung des gegenwärtigen Kronlandes Galizien gegenüber der Zentralregierung ist den Ruthenen gar nichts gelegen: im Gegenteil trachten sie dieselbe ja zu zertrümmern.

Im übrigen aber kann die Regierung nur froh sein, wenn auf möglichst lange Zeit die unfruchtbare ruthenische Opposition im Reichsrat beschwichtigt wird und eine kluge, weitblickende, österreichische Politik wird gerade auch nach dem Zustandekommen des Ausgleichs erst recht die Föhlung mit den Ruthenen zu erhalten und sich in ihnen ein arbeitswilliges Element heranzuziehen suchen.

Die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den beiden slawischen Völkern unseres Landes, wäre der richtige Zeitpunkt, um endlich auch einmal die Lage der Deutschen in Ostgalizien zu untersuchen und dem dritten Volksstamm des Landes zu seinem Recht zu verhelfen. Die Polen möchten zwar am liebsten so tun, als ob es Deutsche in Galizien überhaupt nicht gäbe und sie werden jeden Versuch unserer deutschen Brüder auf die Notwendigkeit einer Berücksichtigung des deutschen Elementes in Galizien mit allen Mitteln zurückzuweisen versuchen. Das darf uns nicht abhalten, gerade im gegenwärtigen Augenblick unsere berechtigten und maßvollen Forderungen mit aller Entschiedenheit vorzubringen.

Wenn Statthalter Dr. Bobrznyski wirklich ein dauerndes Verdienst um die Herstellung geordneter Verhältnisse in unserem Lande haben will, dann kann und darf er auch an der Tatsache nicht gleichgültig vorübergehen, daß der deutsche Volksstamm, der so Großes für Galizien geleistet hat, gegenwärtig in unverantwortlicher Weise in seinen Rechten verkürzt ist. Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß im rechten Augenblick von der rechten Seite her diese Tatsache in den schwebenden Ausgleichsverhandlungen in die Waagschale geworfen wird und daß auch einmal den Deutschen Galiziens endlich das gegeben wird, was ihnen von rechtswegen gebührt: eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung im Landtag, freie und gesicherte Entwicklung ihres deutschen Schul-

wesens und ihrer wirtschaftlichen Organisation und volle Gleichberechtigung ihrer Sprache und Nationalität im öffentlichen Leben.

Aus Nr. 122 des Deutschen Volksblatts
für Galizien (Lemberg.)
vom 18. August 1911.

Der polnische Einfluß im Eisenbahnministerium.

Die Ostdeutsche Rundschau berichtet, daß vor wenigen Tagen ein wohl schon unter Dr. Glombinski's Ministerschaft vorbereiteter vertraulicher Erlaß an die Staatsbahndirektionen hinaus gegeben worden ist, in welchem die Deckung des Bedarfsmaterials für die galizischen Bahnstrecken im Lande selbst gefordert wird, „wenn die Kosten sich nicht ungünstiger stellen sollten“. Auf der einen Seite werden von der Eisenbahnverwaltung Beratungen abgehalten und Ratschläge über die so notwendigen Ersparungen im Eisenbahnhaushalt erteilt und auf der anderen Seite wirft man das Geld, wie im angeführten Falle, so unsinnig hinaus, um nur den autonomistischen Bestrebungen der Polen entgegenzukommen. Wenn das schlechte Beispiel nicht weiter wirken soll, werden die deutschen Abgeordneten gut tun, diesen Erlaß des Leiters des Eisenbahnministeriums zum Gegenstand einer parlamentarischen Intervention zu machen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen darf.

Aus Nr. 99 des Polak w Ameryce (Buffalo)
vom 3. August 1911:

Die englische Presse über die Polenfrage.

Das hiesige Blatt Post Dispatch veröffentlicht in seiner Sonntagsausgabe vom 23. v. M. einen umfangreichen Artikel eines Herrn S. Belloc, dem wir unter anderem folgende Ausführungen entnehmen.

Belloc schreibt: „An dieser Stelle bitte ich die Leser ihre Aufmerksamkeit der Polenfrage zuzuwenden, über deren Stand die Presse im allgemeinen nur sehr spärlich berichtet, die Pressebureaus die öffentliche Meinung in Europa nicht genügend informieren, trotzdem gerade diese Angelegenheit für die europäischen Verhältnisse von hervorragender Bedeutung ist.“

Die polnische Nation ist hauptsächlich durch die Einflüsse des Hauses Hohenzollern zu Grunde gegangen. Friedrich der Große, dessen Beispiele auf das phantastische Temperament des jetzigen Kaisers eine mächtige Wirkung ausüben, war groß in der Vernichtung der polnischen Freiheit.

Von ihrem traditionellen Haß und der Verachtung den Polen gegenüber ist die königlich-preussische Familie niemals abgewichen und der jetzige Kaiser trägt in gleichem Maße wie seine Vorgänger, wenigstens was seine öfteren Reden anbetrifft, Schuld an der polnischen Lage. Die deutsche Regierung hat gegen die Polen Gesetze geschaffen, die wegen ihrer Strenge und großen Ungerechtigkeit in ganz Europa niemals verstanden werden können.

Das, was Rußland den Polen angetan hat, kann man noch lange nicht mit dem vergleichen, was man sich gegenwärtig in Preußen leistet, wo nämlich außer der Verfolgung der polnischen Sprache, wie der Nation überhaupt, eine zum Glück nicht gelungene Ausrottung der Polen von ihrem eigenen Boden und Übergabe

des letzteren an Fremde organisiert worden ist. So kann auch die unterbliebene Verfolgung der katholischen Religion in den polnischen Provinzen nicht als ein Verdienst der Regierung angesehen werden, sondern ist vielmehr den Einflüssen Roms auf den preussischen Staat zuzuschreiben.

Vor einigen Jahren noch hat man über eine Polenfrage außerhalb der Grenzen des ehemaligen Polenreichs nichts vernehmen können. Da sich aber seit einiger Zeit der Rächer aller dieser Verbrechen in sehr merkwürdiger Weise bemerkbar macht, so hat auch diese Angelegenheit weit und breit ihren Widerhall gefunden.

Die Entwicklung der deutschen Industrie hat die Polen im ganzen Deutschen Reiche zerstreut, ähnlich wie die englische Industrie die Iren in ganz England zerstreut hat.

Polnische Kolonien findet man zurzeit im entferntesten Westen Deutschlands und in den Fabrikgegenden am Rhein ebenso, wie im Zentrum des Reichs. Sie bilden das Proletariat in den Industriestädten Sachsens. Die Polen sind intelligenter, fleißiger und haben mehr Ausdauer als ihre Mitbewohner, die Deutschen. Sie bewahren ihre Muttersprache, haben zur Erfüllung ihrer seelsorgerischen Tätigkeit überall polnische Geistliche und lassen sich nicht entnationalisieren.

Seinerzeit hätte der deutsche Kaiser dem jetzigen Los der Polen vorbeugen können, doch hat er es im entscheidenden Moment versäumt. Sicherlich wird die Geschichte später konstatieren können, daß der ständige Haß der Deutschen den polnischen Bürgern gegenüber einer der größten Fehler der Hohenzollern war.

Ich bemerke nochmals, daß der Polenhaß der Preußen in den von den internationalen Pressebureaus verbreiteten Telegrammen nicht zum Ausdruck gebracht wird. Es ist eine den internationalen Geldmarkt nichts angehende und für die Bearbeiter der öffentlichen Meinung in Europa weniger angenehme Erscheinung. Und trotzdem ist die Polenfrage eine Grundlage der deutschen Idee und der wachsenden deutschen Kraft. Trotz zahlreicher Untersuchungen war es mir ziemlich schwierig, über die Größe der Gefahr, die durch die Spaltung der beiden Rassen hervorgerufen wird, zu einem Urteil zu gelangen.

Der deutsche Anteilbewohner hat ein zu großes Selbstbewußtsein, der Pole wiederum ist zu schweigsam und vorsichtig, um von einem oder dem anderen über die Größe der dem Deutschen Reiche drohenden Gefahr etwas zu erfahren. Die beiderseits geäußerten Meinungen widersprechen sich in demselben Maße, wie die vor Jahrzehnten gesprochenen Urteile der Engländer und Iren in der gleichen Frage.

Trotz alledem war es mir aber möglich, hieraus folgende Schlüsse zu ziehen:

1. Die Polenfrage ist kein kleineres, sondern im Gegenteil ein weit größeres Urteil, als es selbst die deutsche pessimistische Meinung annehmen kann.
2. Auf die Mobilisation des deutschen Heeres vermag sie keinen Einfluß auszuüben.
3. Sie könnte nur auf die Schlagfertigkeit einzelner Regimenter einwirken.
4. Von einem Vergleich zwischen Polen und Deutschen kann keine Rede sein.

Das polnische Volk wünscht von Herzen den Verfall des Deutschen Reiches, vor allem aber die völlige Vernichtung des preussischen Staates und der Hohenzollern, die sich in der letzten Zeit als seine grausamsten und hartnäckigsten Feinde erwiesen haben.

Ich bemerke am Schlusse meiner Ausführungen: „Es ist niemand imstande abzuleugnen — und zahlreiche Personen, mit denen ich zum ersten Male hierüber

debattiert habe, bestätigten mir auch, daß die polnische Sache im Falle eines Krieges auf dem Kampfsplatze von großer Wirkung sein wird. Hierüber besteht nicht der geringste Zweifel."

So schreibt über die Polenfrage der berühmte Historiker Belloc. So denken hierüber auch die deutschen Diplomaten, wenn sie auch ihre Gedanken sorgfältig vor der Öffentlichkeit verbergen. Polen war, ist und bleibt eine der wichtigsten Angelegenheiten der drei Teilmächte. Der einzige Ausweg aus dieser kümmerlichen Lage, mit der sich von Tag zu Tag immer größere

Kreise der Volksgesamtheit vertraut machen, bleibt die Rückgabe dessen, was man vor hundert Jahren gestohlen hatte, bzw. die Wiederherstellung der nationalen Existenz der Polen.

Die Polenfrage gleicht dem Wasser zunehmender Flüsse in einem immer schwächer werdendem Damm, der zwar einige Zeit dem Drucke des Wassers widerstehen vermag, jedoch früher oder später unter den aufstürmenden Wogen zerbersten muß. Der Sturz dieses, die weitere Entwicklung der Polen hemmenden Dammes, ist also nur eine Frage der Zeit.